

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 27. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Aus Württemberg.

Stuttgart, 25. Januar.

Der württembergische Landtag ist auf den 29. Januar wieder „befohlen“ zusammenzutreten, um die parlamentarische Rühle wieder in Gang zu setzen, nachdem die zur Erledigung der vorliegenden wichtigsten gesetzgeberischen Materien geeigneten Monate Dezember und Januar fast thatenlos vergangen sind. Die Reform des Volksschul-Gesetzes liegt halbferdig bei der Zweiten Kammer und es muß gut gehen, wenn die noch ausstehende Beratung über den vorgeschlagenen weiteren Einfluß der konfessionellen Schulaufsicht bald erledigt werden kann. In Behandlung des von der Regierung eingebrachten Entwurfs einer Reform der Gemeinde-Ordnung wird man bestenfalls eine Generaldebatte zu stande bringen, nach welcher der Entwurf in eine Kommission wandert, die dann vor dem Späthjahr keine Zeit mehr hat, so daß auch diese Frage wohl noch in die nächste Legislaturperiode hinübergeschleppt werden wird, um jene so zu belasten, daß keine Zeit mehr zur Vor- nahme der dringenden Reform der Verfassung bleibt, womit den Privilegierten, dem Centrum, den Nationalliberalen, Bauernbündlern und nicht am letzten der Regierung gebietet ist. Die Steuerreform scheint von der Ersten Kammer zum zweitenmal bereitwillig werden zu wollen.

Auch die Beratung der socialdemokratischen Initiativanträge betreffend Einführung von Arbeiterkammern, Erweiterung und Centralisierung der Gewerbe-Inspektion, Gewährung mehrerer Abgeordneten zum Landtage für die Stadt Stuttgart und ihrer Interpellation über das Koalitionsrecht der Arbeiter, wird nach der seitherigen Art der Behandlung für dieses Frühjahr kaum mehr in Aussicht zu nehmen sein, da durch das verspätete Zusammen- treten die Beratung des Etats selbstverständlich drängt.

Dieser soll am 1. April 1903 in Kraft treten; er ging jedoch den Abgeordneten erst teilweise zu. Auch in seiner Behandlung wird man sich auf ein Drängen und Zusammen- schlappen gefaßt machen müssen, da leider auch bei der Volkspartei nicht die richtige Lust für eine gründliche Be- ratung vorzuliegen scheint. Jedenfalls aber sind mehrere Wochen für die Vorberatungen der Kommission und für die Plenarberatungen notwendig und es wird nicht angehen, den Socialdemokraten zu verwehren, bei der Be- ratung der Etats für die einzelnen staatlichen Verwaltungs- zweige ihre Ausstellungen zu machen, soviel auch vielleicht dazu Lust vorhanden wäre.

Der Etat schließt im großen und ganzen wie im Reich und allen übrigen Einzelstaaten sehr schlecht ab. Er wird vom Finanzminister selbst, der unsre Finanzlage bei der letzten Beamtengehaltserhöhung noch ziemlich rosig zu malen ver- stand, mit folgenden Sätzen eingeleitet:

„Der Etat zeigt, wie unter den gegenwärtigen Ver- hältnissen nicht überraschen kann, ein weniger günstiges Bild, als es seit einer Reihe von Jahren der Fall war.“

Daß unsre Regierung durch ihre Indolenz im Bundesrat und ihre leichtfertige Zustimmung zu der über unsre Kraft gehenden abenteuernden Militär-, Marine- und gepanzerten- Faust-Politik und durch ihre Zustimmung zu der Handel und Wandel hemmenden Zollpolitik mitverschuldet hat, dafür weicht der Herr Finanzminister keine Worte zu finden. Das ihm, seinen Kollegen und den mitschuldigen Mehrheits- parteien zu sagen, wird bei der Etatsdebatte nicht unterlassen werden dürfen. Es heißt dann in dem finanzministerlichen Epöde weiter:

„Nicht man zunächst unsre eigne Wirtschaft, ohne die durch die Beziehungen zum Reich veranlaßten Ausgaben und Einnahmen ins Auge, so zeigt sich eine beträchtliche Steigerung des Staatsbedarfes. . . . Derselben steht nur bei den Landessteuern eine Mehreinnahme von durchschnittlich jährlich einer halben Million Mark gegenüber, dagegen er- giebt sich beim Kammergut als Folge des immer noch auf dem wirtschaftlichen Leben ruhenden Druckes eine erhebliche Abnahme der Ein- nahmen, insbesondere bei den Forsten, den Berg- und Günterverken und Staats-Eisenbahnen.“

Die Beziehungen zum Reiche sodann zeigen eine sehr unerwünschte Mehrbelastung Württem- bergs gegenüber dem letztverabschiedeten Etat von jährlich rund 800 000 M.

Also auch hier Defizitwirtschaft, veranlaßt durch die von den Socialdemokraten bekämpfte volksausbeutende Reichspolitik. Der ganze Staatsbedarf Württembergs beträgt:

	für 1903	für 1904
Der Staatsbedarf	91 453 940 M.	92 964 854 M.
Dagegen die Einnahmen:		
aus dem Kammergut	29 185 734 M.	30 857 950 M.
Landessteuern	30 980 550	37 358 450
„Ueberschüssen vom Reich	20 868 000	20 868 000
Zusammen	87 034 284 M.	88 584 400 M.
Es verbleibt sonach ein Defizit		
betrag von	4 419 656	4 380 445
Zusammen für beide Jahre von	8 800 101 M.	

Da die Regierung dieses Defizit durch Steuererhöhung nicht zu decken magt, will auch sie zu der unvollständigen Ausschüttung greifen, für ordentliche Staatsausgaben einen Pump anzulegen.

Sie schlägt daher vor, außer der Verwendung aller vor- handenen Reserven für beide Jahre 6 564 975 Mark als Anleihen aufzunehmen, trotzdem die all- gemeine Staatsschuld am 1. April 1903 bereits beträgt 33 413 561 M., und die Eisenbahnschuld 468 752 839 M. Die Verzinsung der Staatsschulden ist ver- anschlagt für 1903 zu 18 718 690 M. und für 1904 zu 19 516 175 M. Der Matrikularbeitrag für das Reich ist mit 21 868 000 M. für jedes Etatsjahr ange- setzt, vorbehaltlich etwaiger Verichtigungen nach Verabschiedung des Reichsetats.

Aus den einzelnen Etats ist für weitere Kreise nicht un- interessant die agrarische Begünstigung, die besonders im Etat des Ministeriums des Innern vorherrscht. Für landwirt- schaftliche Zwecke werden gefordert 1 174 559 M., 80 175 M. mehr wie 1902, die Centralstelle für Landwirtschaft erhält davon allein 676 732 M. Für gewerbliche Zwecke werden gefordert im ganzen 431 060 M., mehr wie 1902 54 750 M. Bei der ersteren Position beruft sich die Regierung vielfach auf geäußerte Wünsche von Interessenten, bei der letzteren hat sie alle Forderungen der Arbeiter und ihrer Vertreter im Landtage einfach ignoriert. Bei dem Kapitel Gewerbe-Inspektion wird die Anstellung von drei weiteren Beamten und einer Assistentin ge- fordert zu den vorhandenen 3 Inspektoren, 4 Assistenten und 1 Assistentin. Zur Begründung dieser Forderung wird ausgeführt, daß die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, über die Arbeits- zeit in den Getreidemühlen, über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften, sowie der in Aussicht zu nehmenden Bestimmungen über die gewerbliche Kinderarbeit die Anstellung weiteren Personals bedinge. Dabei könne bei den Anzustellenden von einer höheren Vorbildung abgesehen werden. Ob dabei der schon längst geäußerte Wunsch, Arbeiter zuzuziehen, berücksichtigt wird, bleibt abzuwarten.

Außer der Etatsberatung wird besonders bei der Ver- schleppungstaktik der vom Centrum gestützten Ersten Kammer in diesem Frühjahr nichts durch die schwäbische Parla- mentsmühle gehen, so daß beim Etat unsre Genossen die Forderungen der Arbeiterklasse mit aller Energie zu vertreten haben.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

##### Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus herrscht wieder die für dies Haus so charakteristische Langeweile. Schläfrig ist die Stimmung im Hause, schläfrig sind die Debatten. Nur ab und zu gelingt es einem Redner, der sich eines besonders kräftigen Organs erfreut, einige seiner Kollegen aus dem todesähnlichen Schlaf zu erwecken. Aber nur für ganz kurze Zeit. Schon nach wenigen Minuten geben sich die so jäh dem Nachmittagschlummer Entziffenen wieder der angenehmen Beschäftigung des Träumens hin.

Zunächst erledigte das Haus am Montag den Etat der Forstverwaltung. Eine hierzu vorliegende Petition von Mitgliedern des freisinnigen Bezirksvereins Gundrummen gegen den Verkauf der **Schönholzer Heide** zu Bauzwecken wurde ohne Debatte durch Uebergang zur Tagesordnung er- ledigt. Die freisinnigen Vertreter Berlins schloßen und ver- paßten so die Gelegenheit, die durchaus berechtigte Petition ihrer eignen politischen Freunde zu empfehlen. Fürwahr, der Berliner Freisinn hat würdige Vertreter ins Parlament entsandt!

Nach Erledigung des Forstetats begann die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Debatte leitete ein Scheingefecht zwischen den Agrariern und ihrem Pöbdielski ein. Die Herren Ring (konf.), Freiherr v. Wangenheim (L.) und Graf Praschma (C.) klagten entsetzlich über die zu hohen Gebühren für die Fleischschau und forderten energisch die Einführung einer allgemeinen obligatorischen Schlachtvieh-Versicherung. Minister v. Pöb- dielski suchte ihnen gut zuzureden; im Prinzip hat er nichts gegen die agrarische Forderung einzuwenden, aber gegen ein einseitiges Vorgehen Preußens hat er starke Bedenken. Er wünscht die Regelung der Schlachtvieh-Ver- sicherung von Reichswegen. Die agrarischen Redner erwiderten in einem so heftigen Tone, daß Ueingekehrte auf den Ge- danken kommen könnten, sie seien mit dem Minister unzufrieden. Natürlich kann davon keine Rede sein. Und als Herr v. Pöbdielski einige Stunden später den Erlaß eines Gesetzes in Aussicht stellte, wonach auf den Schlachtvieh-Märkten nur noch nach Lebendgewicht gehandelt werden dürfe, da jauchzten die Agrarier ihm wieder zu; sie wissen, daß der brave Pöbdielski sie nicht verläßt.

Nach einem herzerregenden Magelied über die Not der Landwirtschaft, das der Abg. Reinicke (L.) anstimmte, wurde die Beratung auf Mittwoch vertagt.

##### „Ballestremer“.

—st. Wien, 25. Januar.

Zur selben Zeit, da im deutschen Reichstag die Zuschrift des Grafen Ballestremer verlesen wurde, womit der bisherige Präsident auf seine Stelle verzichtet, fiel im österreichischen Abgeordnetenhaus

das Wort: Wir werden uns nicht „Ballestremer“ lassen! Das Wort ist bezeichnend für den Umschlag, der sich in der Beurteilung des Reichstags-Präsidenten auch im Auslande vollzogen hat. Einst galt Graf Franz Ballestremer als die Verkörperung präsidialer Tugenden, und insbesondere in Oestreich, wo man unter der Last des ebenso unfähigen als liebevolleren Präsidenten seufzte, war der Mann geschätzt, der der Kritik kaiserlicher Reden so mutig den Weg frei- gemacht hatte. . . . Und jetzt ist sein Name Sinnbild für Unfreiheit und Willkür!

Die betreffende Debatte im österreichischen Abgeordnetenhaus ist für deutsche Politiker deshalb so interessant, weil sie zeigte, welchen Schutz die Geschäftsordnung des österreichischen Parlaments im Gegen- satz zu der des deutschen Reichstages genießt. Für die Kardorff- Majorität brauchte es nur eines Entschlusses, und die wohlwertvollsten, ja unentbehrlichsten Bestimmungen der Geschäftsordnung fielen unter den Tisch. In Oestreich steht die Geschäftsordnung direkt in der Haut der Obstruktion, und zwar einer, zu der zwanzig Abgeordnete vollkommen ausreichen, die es also in der Hand haben, jede Aende- rung zu hintertreiben. Anträge auf Abänderung der Geschäfts- ordnung müssen nämlich selbständig eingebracht und einer Vor- beratung im Ausschusse unterzogen werden; eine Abklärung der Verhandlung im Wege der sogenannten Dringlichkeitsanträge ist ausdrücklich ausgeschlossen, und wie bei dem wichtigsten Gesetz, muß der Beschluß drei Lesungen durchmachen. Solche Anträge können also nur im Wege der Tagesordnung erledigt werden; und sie unterliegen deshalb derselben Gefahr wie die Tagesordnung überhaupt: der Obstruktion! Wobei bemerkt werden muß, daß die Geschäftsordnung des österreichischen Abgeordnetenhauses wirklich schlecht und ganz veraltet ist, aber es scheint doch, daß es besser ist, eine schlechte Geschäftsordnung nicht ändern zu können, als eine gute ruinieren zu dürfen!

Das Verbot des dringlichen Weges für Änderungen an der Geschäftsordnung wollte nur am Freitag ein Antrag der Christlich- socialen listig umgehen. Nebst der Geschäftsordnung, die jedes der beiden Häuser des Reichsrates nach freier Wahl besitzt, giebt es in Oestreich auch ein Gesetz über die Geschäftsordnung des Reichs- rates; ein Gesetz, das eben die Dinge regelt, die beide Häuser angehen und die sich auf das Verhältnis der Regierung zum Reichs- rate beziehen. Obwohl sich nun in diesem Gesetz nicht eine einzige Bestimmung findet, die sich auf die innere Geschäftsbehandlung im Abgeordnetenhaus oder im Herrenhaus beziehe, die be- antragten Änderungen aber nur Bestimmungen treffen, die in der eignen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses stehen, und obwohl schließlich die Abänderung des Gesetzes daselbst ist wie die Abänderung der Geschäftsordnung — weil dessen Ver- fügungen, als Verfügungen der Gesetzgebung, die auf bloßen Be- schluß beruhende Geschäftsordnung umstoßen —, so trat der betreffende Antrag dennoch als Abänderung des Gesetzes auf: um sich den dringlichen Weg zu erschleichen, der für Abänderungen der Geschäftsordnung ausgeschlossen ist! Gegen diese listige Umgehung der kardinalsten Bestimmung der Ordnung des Hauses trat nun Bernerstorfer mit den schärfsten Worten auf — die Socialdemokraten werden sich weder „fallenschanzen“ noch „Ballestremer“ lassen, sagte er — und obwohl sich der Präsident und die Mehr- heit des Hauses „zu der „Hinterthür“ bekamen, genügte democh der Einspruch, um den Antrag verschwinden zu machen. Kaum eingebracht, wurde er zurückgestellt, und es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß er überhaupt zur Verhandlung gelangt. Wenn, so wird er, da er als Dringlichkeitsantrag die Zweidrittel- Mehrheit braucht, sicher abgelehnt werden. Warum dieses rosiges Zurückweichen? Weil die Socialdemokraten zu ver- stehen gaben, daß sie unter Umständen mit der Obstruktion heraus- rücken würden. Sie liehen zwei von den ezechischen Wildlingen gestellten Dringlichkeitsanträgen ihre Unterstützung — die dadurch die nötigen 20 Unterschriften erhielten, also verhandlungsmöglich wurden — und der Spul zerstoß. Die Obstruktion als Erzfehler: das ist ein ganz eignes Kapitel österreichischer Geschichte!

So wunderbar es klingt, es ist dennoch so: ohne Obstruktion ist das österreichische Abgeordnetenhaus einfach unmöglich. Die Angst vor der Obstruktion ist heute eines der stärksten Erziehungsmittel; ohne sie wäre das Gleichgewicht zwischen den vielen Parteien im Hause nicht zu erhalten. In dem Augenblicke, wo die Möglichkeit zur Obstruktion aus der Geschäftsordnung getilgt ist, formiert sich sofort die alte Majorität aus der slavischen Nationalitäten und den deutschen Ueberläufern, und das „Berregieren“ des Staates, wie es bis zum Schicksalsjahre 1897 im Schwange war, hebt von neuem an. Es ist also kein Zufall, daß sich um diese Ausrottung der Obstruktion am eifrigsten die Liberalen aller Nuancen bemühen, die Bauernliberalen und die Wiener Christlichsocialen, die beide danach sehnen, in eine Mehrheit als laute Gesellschaft einzutreten. Herr v. Koerber, der Minister des „justo milien“, wäre schon längst verabschiedet, wenn man mit der Möglichkeit der Obstruktion nicht rechnen müßte, nicht gezwungen wäre, so zu regieren, daß auch die kleinste Gruppe zum Kampfe wider das Parla- ment keinen Anlaß findet. Obstruktion ist gewiß kein Segen, aber, so paradox ist alles in diesem Oestreich, das österreichische Abgeordneten- haus erhält sich doch am Leben vorzugsweise durch die Furcht vor der Obstruktion, durch die Furcht vor dem Nichts!

##### Die Antwort Englands an Bismarck.

Graf Bismarck erklärte in den letzten Reichstags-Sitzungen Bekanntheit, daß alle die programmatischen Reden und Schlagworte — daß z. B. der Dreizack in die deutsche Faust gehöre, daß auf dem Erdball keine wichtige Entscheidung mehr ohne Deutschlands Mitwirkung fallen werde usw. — die auf hochgespannte imperialistische Pläne Deutschlands schließen lassen konnten, gar nicht so

würdlich gemeint sein. Auf diese Erklärungen antwortet nun der ministeriell inspirierte „Standard“ wie folgt:

Es sei erfindlich, daß Graf v. Bülow jede Absicht befristen habe, die englische Suprematie zur See stützen zu wollen. Er habe behauptet, daß das ganz außer Frage stehe. Deutschland sei mit weniger zufrieden. Das wird — meint das Blatt — auch der Fall sein müssen, denn selbst der Bau der im letzten Flottenbudget vorgesehener Schiffe wird Deutschland nur zum viertel oder fünfgrößten Seemacht stempeln. Wie dem indessen immer sei, der Reichskanzler habe ausdrücklich betont, daß Deutschland für sich nur das Recht beanspruche, alle Weltmeere befahren und an dem Welthandel teilnehmen zu dürfen. Das sei ein Recht, das Deutschland von niemand bestritten worden sei, aber es wäre dem doch schwer einzusehen, weshalb das Deutsche Reich in dem Bau von Schlachtschiffen und Kreuzern eine so fieberhafte Thätigkeit entwicke. In logischem Sinne sei dieser Entwurf des Reichskanzlers etwas unhaltbar, obwohl der Zweck ziemlich klar sei. Graf von Bülow sei augenscheinlich bestritten, den Argwohn zu verweisen, den die jüngste Politik des Deutschen Reiches allerorts hervorgerufen habe. Seine letzten Mißerfolge auf diesem Gebiet schienen den Minister etwas nervös gemacht zu haben. Deutschland sei eine große Macht, aber es dürfe nicht vergessen, daß neben ihr noch andere Großmächte bestehen; so bedeutend sein Einfluß auch auf dem europäischen Festlande sei, in der Welt im allgemeinen gebe es Mächte, die eine wichtigere Rolle spielen als das Deutsche Reich. Das sei so augenfällig, daß seine Verletzung in dem Hintertreffen gefunden werden dürfe. Deutschland habe seinen Glanz und seine Sendung, aber es würde sich Gefahren und Mißerfolge ausgeben, wenn es sich in Gebiete wagen würde, die bereits für die englisch sprechenden Völker bestimmt seien!

Wenn Bülow also will, daß seine abgewiesenen Erklärungen in Zukunft niemals kritisch aufgenommen werden, so wird er dafür sorgen müssen, daß künftig die Erklärungen der verantwortlichen Regierungen nicht wieder durch anderweitige Kundgebungen desabonniert werden!

## Deutsches Reich.

### Centrumstrot.

Die „Germania“ müht sich im breiten Wortschwall der ihre eignen Wahrheitswidrigkeit, ihren Valfestrem gegen unsre Anklagen zu schlingen. Um den offensbaren Gerechtigkeitsbruch des Herrn v. Valfestrem gegenüber v. Volfmar zu beschönigen, wiederholt das Centrumstrot nochmals die alten Verlogenheiten des — Volkstumpfes. Dann erklärt die „Germania“, wir hätten ganz nach Art der Verleumder auf ihre Fragen „nur vage ausweichende Redensarten“ gemacht; das sagt die ehrliche „Germania“ in demselben Augenblick, da sie selbst die Ausführungen der ihr so nahe stehenden „Kölnischen Volkszeitung“ über die Unmöglichkeit, das Verhalten des Grafen Valfestrem anders als aus ganz besonderen Gründen zu begreifen, ihren Lesern feige unterfährt. Die „Germania“ meint sodann mit dem den Gipfel der Komik erreichenden Höflichkeit, sie habe uns „das freie Wort zur journalistischen Redefreiheit eröffnet“ und verlange nun zum zweitenmale „den öffentlichen Beweis“ für unsre Behauptungen. Dieses dumme verlogene Geschwätz des Centrumstrots scheidet an den klaren Thatsachen. Es ist nicht unsre Aufgabe, das zu sagen, dessen Aussprache durch den Grafen Valfestrem und mit Centrumshilfe im Reichstag verhindert wird. Die „Germania“ weiß, daß ihre geheuchelte Reueger voll befriedigt worden wäre, wenn nicht die Redefreiheit des Parlaments schmählich unterdrückt worden wäre.

Warum weigert sich denn die „Germania“ hartnäckig, für die Erörterung der Krupp-Frage im Reichstage einzutreten? Warum hat denn das Centrum diese vor kurzem noch sehnstuchvoll erwartete und angeblich glänzendste Gelegenheit zur Aufhebung der socialdemokratischen Verleumdungssucht nun gänzlich ungenutzt vorübergehen lassen?

Nur wer gewaltig die Augen schließt, vermag sich bei der harmlosen Erklärung der Valfestrem'schen Ausschaltung der Krupp-Frage durch die Konservativen und liberalen Väter zu beruhigen. Wir empfehlen der „Germania“ die Meinung, die heute die „National-Zeitung“ ausdrückt:

Es ist sehr schwer, zu glauben, daß der Präsident des Reichstags den Inhalt von Reden, die jeder Zeitungsleser im Gedächtnis hatte, „übersehen“ haben sollte, in einem Augenblicke, auf den er durch die socialdemokratischen Anklagungen vorbereitet sein mußte. Auch der Nachdruck, womit Graf Valfestrem allen Vorstellungen des Abg. v. Volfmar gegenüber dabei blieb, daß er die fraglichen Reden des Kaisers nicht werde erörtern lassen, spricht gegen ein „Übersehen“.

Die „Münchener Post“ führt, ganz in Uebereinstimmung mit den von uns ausgesprochenen Anschauungen, zur Valfestrem-Krise folgendes aus:

Die „Münchener Post“ war und ist über den Fall Krupp ausgezeichnet unterrichtet. Sie hat diesbezügliche Veröffentlichungen gebracht, die in Berlin an gewisser Stelle Entsetzen erregten. Volfmar ist der Abgeordnete von München II. Die „Münchener Post“ hat angedeutet, daß ein Reichstags-Abgeordneter hinreichend informiert sei. Daß Volfmar dieser Informierte sein könnte, hat man sogar in Berlin begriffen, und da es im Reichstage kein Geheimnis war, daß Volfmar der erste socialdemokratische Redner zum Etat sein werde, kam es eben zu der Abmachung gewisser Kreise mit dem hoffreuen Valfestrem, Volfmar nicht über den Fall Krupp reden zu lassen. Daß Valfestrem, als Volfmar nach der ihm nicht gerade unerwartet gekommenen Hinderung über den Fall zu reden, ihn auch nicht über die Kaiserreden sprechen lassen wollte, trotzdem Volfmar die bündige Versicherung abgab, die Kruppfrage nicht mehr anzutippen, ging über die Abmachung hinaus. Herr v. Valfestrem hatte sich so in die Lalaientrolle eingelebt. . . .

Den Monarchen im Stich gelassen haben die Konservativen nach der — „Kreuz-Zeitung“. Schmeizerfüllt klagt sie:

Obwohl der Abgeordnete Vebel in gewohnter Weise das etwa Zutreffende seiner Aeußerungen bis zur völligen Verzerrung übertrieb . . . so könnte man ihm das alles, als in seinem Munde nicht neu, hingehen lassen, wenn es ihm nicht gelungen wäre, etwas weit Schlimmeres zu erreichen, d. h. die Person Sr. Maj. des Kaisers in bisher ungelamter Weise zum Mittelpunkt von Erörterungen zu machen, die dem Willen des Einzelnen zwar bestimmlicherweise einen weiten Spielraum gestatten, unter keinen Umständen aber den Zweck haben dürfen, durch zielbetonte Herabwürdigung der Monarchie revolutionären Erregungsstoff zu schaffen, wie es hier geschehen. Zwar kann man nicht sagen, daß die Socialdemokraten diesmal den Anstoß zu der Herunterziehung des Kaisers in den Kampf der Parteien gegeben hätten. Das Beispiel ist von anderer Seite gegeben worden, und zwar durch Verpöschung des Schweinmädler Telegramms. Der Unparteilichste halber wollen wir das nicht vergessen. Darum ist es aber nicht minder gewiß, daß die Umsturzpartei sich die Gelegenheit auch dann nicht würde entgehen haben lassen, wenn sie allein auf dem Plage geblieben wäre. Ausdrücklich erklärt sie es ja für ihr gutes Recht, sich mit dem Kaiser wegen seiner „Breslauer Rede vor der ganzen Welt vom Standpunkt des — a corsaire, corsaire et demi“ (auf einen Schelmen andersialben) — auseinanderzusetzen — ganz als ob er ihresgleichen wäre, und zwischen dem Monarchen und seinen Unterthanen keinerlei Unterschied mehr bestände. Mit stürzender Wuth wurde seine kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz kurzweg als

„junger Mann“ bezeichnet. So durs dem künftigen Träger der preussischen Krone und Oberhaupt des Reiches in der deutschen Nationalvertretung begegnet werden, ohne daß auch nur ein Finger sich rühre! . . .

Das ist's, was uns bei diesem Vorgang auf das tiefste betrübt und mit schmerzlicher Sorge um die Zukunft erfüllt. Warum lieh man Vebel ruhig reden, warum blieb es am Donnerstag dem Reichstag allein überlassen, den Kaiser gegen die unerhörten Angriffe des socialdemokratischen Hauptlings in Schutz zu nehmen? Sollen die freisinnigen Schwächer recht behalten, die jetzt schamlos und verächtlich, der „Kreuz-Zeitung“ die öffentliche Meinung zu Gunsten Vebels sei so stark gewesen, daß auch die grundsätzlichen Gegner der Socialdemokratie sich ihm nicht zu entziehen vermocht hätten?

Vermuthlich wird die Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ auf dem nächsten konservativen Parteitag die Entfernung sämtlicher konservativer Reichstags-Abgeordneter aus der konservativen Partei fordern, da sie die oberste Forderung des konservativen Programms, den Schutz der Monarchie, schände verraten haben. Der Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ wird sich eventuell selbst in den Ausschließungsantrag einschließen. —

Die murrenden Konservativen. Die Reichsregierung hat das nur zu natürliche Gefühl, daß es notwendig sei, nach den Vergehen aufgekaufter Erbitterung, angesichts der Wahlen, den Wahlen einige Verbindlichkeiten hinzuzufügen. Das „Geschenk“ der Sicherung des Wahlgeheimnisses war bestimmt, das Vertrauen zur Aufrechterhaltung des Wahlrechts herzustellen. Graf Bülow redete einige socialpolitische Hoffnungen und Graf Posadowsky hielt sogar eine merkwürdig verständliche Rede über Wahlrecht, Mittelstand und die agrarische Situation.

In konservativen Kreisen, in denen man seit den Zollvergehaltnissen selber denn je den „dummen, aber starken“ Mann ersehnte, hat der Witterungswechsel eine Influenza-Epidemie hervorgerufen. Die „Kauf-Korresp.“ sieht bereits Caprivis, des Schredlichen, „Verföhnungsgeist“ wiederkehren und bis jetzt bemerkt sie:

„Und doch scheint es, als wolle man versuchen, die widerstrebenden „Genossen“ durch Zuderdrot zu manerlicherem Auftreten zu bewegen. Wenigstens machten die Bemerkungen des Grafen Posadowsky, der ja naturgemäß durch den lauten Verfall der Socialdemokratie belohnt worden ist, in einer der letzten Reichstags-Sitzungen, diesen Eindruck. Der Herr Staatssekretär nahm die Regierung vor der konservativen Verwahrung gegen die Legalisierung des Aiderischen Dunkelkammer-Antrages in Schutz, indem er bemerkte, die Regierung wolle das Wahlrecht „zu einem wirklich geheimen machen“. Sie führe damit lediglich Sinn und Geist des allgemeinen Wahlrechts aus, sie erfülle einfach eine sittliche und ethische Pflicht.“

Welch schwere Vorwürfe liegen in diesen Worten gegen das bisherige Verhalten der Reichsleitung. Weshalb hat Graf Caprivi, weshalb hat Hohenzollern diese sittliche und ethische Pflicht vernachlässigt? Weshalb hat die Regierung bisher unterlassen lediglich Sinn und Geist des Wahlrechts auszuführen? Man darf nur diese Fragen stellen, um das für die Sozialisten überaus Bedenkliche der Worte des Grafen von Posadowsky zu erkennen.“

Der Vorwurf gegen die bisher geduldete Unsicherheit des Wahlgeheimnisses ist freilich durchaus berechtigt und folgt notwendig aus den Darlegungen des Grafen Posadowsky.

Entrüstet trumpft im übrigen die „Konservative Korrespondenz“ auf: Bülow sei doch kein Schüler Bismarcks. Wenige Wochen nach der Zollrente! —

Die „Kölnische Zeitung“ erklärte, wie wir schon erwähnt haben, mit Bezug auf die Mitteilungen des Genossen Vebel in seiner letzten Ständrede, daß auf dem Gruntonweil in Magdeburg 2 Arbeiter, von denen der eine 20, der andre 16 Jahre auf demselben gearbeitet, aber sich weigerten, die bekannte Lohallitätsadresse zu unterzeichnen, weshalb gemahregelt worden seien, für falsch. „Vebel sei wieder völlig unzutreffend unterrichtet worden.“

Darauf erklärt unser Magdeburger Parteiorgan „Vollstimme“, daß der Genosse Vebel nur die Wahrheit im Reichstag mitgeteilt habe. Die „Vollstimme“ bezeichnet die Darstellung der „Kölnischen Zeitung“ als bewusste Lüge und fordert sie auf, die Beleidigungslage zu erheben, damit sie — die „Vollstimme“ — die Wahrheit ihrer Angaben beweisen könne.

Auf die Behauptung der „Köln. Ztg.“, die beiden gemahregelten Arbeiter — Kuhnner und Kunde — seien aus der Arbeit entlassen worden, weil sie für die „Vollstimme“ Berichte geliefert hätten, erklärt die „Vollstimme“, daß sie nie eine Zeile von den genannten Arbeitern erhalten habe.

Es ist auffallend, daß diese angebliche Berichtigung der Angaben Vebels die „Köln. Ztg.“ bringt und nicht die dem Gruntonweil viel näher liegende „Magdeburgerische Zeitung“ oder weigerte sich vielleicht die letztere, die ihr zugesandte Unwahrheit abzurufen?

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses ist den Konservativen überaus peinlich. Die parteiamtliche Korrespondenz streckt vor seinem Unfug zurück, um die Reform zu bekämpfen, ohne doch den einzigen wahren Grund ihres Widerwillens angeben zu müssen, daß man auch künftig nicht auf den bisherigen Wahlterrorismus, der das Geheimnis aufhob, verzichten wolle. In dieser Not ist die „Konservative Korrespondenz“ auf einen verlustig geschelten Gedanken gekommen: man soll doch wenigstens den Jollerraum fakultativ einführen:

„Das bedeutet eine starke Belastigung der Wähler und eine Erschwerung des Wahlgeschäftes für den Wahlvorstand. Wie kommen die Wähler dazu, daß sie gezwungen werden sollen, die geheimnisvolle Dunkelkammer zu betreten, auch wenn sie ihr Wahlgeheimnis ohne solche „Hinterlistigen“ schon für gesichert halten?“

Das wäre allerdings eine prächtige Reform, wenn man es den Wählern „frei“ stellte, ob sie den Jollerraum benutzen wollen oder nicht. Dann könnten die Hülfsheeren in noch einfacherer Weise als bisher dadurch die Wahlkontrolle ausüben: Es darf eben niemand den Jollerraum benutzen, wenn er sich nicht verdächtig machen will.

Diese hilflose Polemik gegen die Sicherung des Wahlgeheimnisses ist im Grunde anherordenlich einfältig; denn sie beweist besser als irgend welche Wahlakten die Notwendigkeit der Reform, indem durch diesen Widerspruch verraten wird, daß der bisher geübte konservativ Wahlzwang und Wahlbetrug noch schlimmer gewesen sein muß, als man ohnehin wußte. —

### Der Arbeiterprotest in Essen.

Nirgends hat die Krupp-Hege der Unternehmerrpresse so gewüstet wie im Reiche Krupps selbst in Essen. Und das Ergebnis des Scharfmacherlärms meldet uns das folgende Privattelegramm:

In Essen, Altdorf und Vorbeck fanden Sonntag und Samstag riesige Versammlungen statt. Alle Lokale wurden wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen. Tausende Personen mußten umkehren, der Windhorst-Bund und die Nationalliberalen hatten eine Sprengung organisiert, aber nur erreicht, daß die Versammlung in Altdorf nachts 12 Uhr aufgelöst wurde; die Polizei war sehr stark vertreten. Sonst kein Zwischenfall. In Essen und Vorbeck wurde gegen eine Stimme eine Resolution angenommen, daß man niemals das Licht zerschneiden werde. In der Socialdemokratie sei die einzige wirkliche Arbeiterpartei zu erklären. Neus referierte überall unter ungeheurer Beifall über Krupp, die Kaiserreden und die Socialdemokratie. —

Die Wahl in Danzig. Das amtliche Resultat der Reichstags-Stichwahl in Danzig giebt folgende Ziffern. Abgegeben wurden 16 844 Stimmen, davon erhielten Kandidat Kommissen (fr. Zg.) 10 472 und Partel (Soc.) 6372 Stimmen. —

## Der sächsische Hofswitz.

Am Mittwoch soll der besondere Gerichtshof in Dresden die Klage des Kronprinzen von Sachsen auf Trennung der Ehe gemeinschaftlich verhandeln. Der Ausgang des Prozesses ist von vorn herein außer Zweifel. Die Ehetrennung entspricht ja auch durchaus den Wünschen der Kronprinzessin, die offenbar nicht daran denkt, wie die Dresdener Hofpresse in Aussicht gestellt hat, „zu bereuen“.

Es scheint aber, als sollten auch für den Kronprinzen besondere Folgen erwogen. Hierüber wird der Wiener „Zeit“ aus Dresden geschrieben:

Es ist ziemlich selbstverständlich, daß der Skandal, zu dessen Gelbin sich die Kronprinzessin zu machen beliebte, auch ihren Gemahl, den Thronfolger, auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen hat. Mag man den Fall noch so objektiv beurteilen, von aller Mißthat läßt sich in einer solchen Ehe-Affaire der Mann nicht reinwaschen, und selbst wenn es doch so wäre, bleibt ein Makel zurück, von dem auch das beste Gewissen nicht befreit. Solchen Erwägungen scheint sich der Hof aus dynastischem Interesse nicht verschließen zu haben, vielleicht umsoweniger, als dem Kronprinzen nicht lange Gelegenheit gegeben wäre, sich in seiner Stellung zu rehabilitieren, sondern bei dem Abg. und der immerhin geschwächten Gesundheit des Königs seine Thronfolge über kurz oder lang in Frage kommen würde. Daß in der angeordneten Richtung irgend etwas im Gange ist, beweisen verschiedene Anzeichen. So wird zum Beispiel am 27. Januar, dem Geburtsfeste des deutschen Kaisers, bei der üblichen Hof-Tafel in Residenzschloße, der diesmal der König fernbleibt, nicht der Kronprinz, sondern sein Bruder Prinz Johann Georg den Vorzug sitzen und den Toast auf den Kaiser anbringen. Weiter ist das 12. Armee-corps, dessen Führer der Kronprinz ist und dem bei den diesjährigen Kaisermanövern eine Rolle zugeordnet war, wieder kaltgestellt worden, ohne Frage aus Rücksicht auf die Familienverhältnisse des Kronprinzen. Ja, bei einem Jagdsooper, das jüngst einige hochgestellte Persönlichkeiten, unter anderen auch Staatsminister, an gemeinsamer Tafel zusammenführte, ist der Thronfolger nicht des Kronprinzen unterzogen als notwendige Konsequenz der Lage am Hofe bezeichnet worden. Wie schon gesagt, würde dieser Schritt vom Hofe nur aus eigner Entschlieung in dynastischem Interesse gehen werden können. Vor allen Dingen würde er das Einverständnis des Kronprinzen zur Voraussetzung haben. Es wird berichtet, daß sich der Hof dieses Einverständnisses bereits vergewissert habe, und aus dem Charakter des Kronprinzen wird man kaum Motive ableiten können, die einen solchen Ausgang zweifelhaft erscheinen ließen. Man darf annehmen, daß der Kronprinz dem Druck der Verhältnisse keinen allzu heftigen Widerstand entgegengesetzt hat. Sollte wirklich dem ungetriebenen Glanz der königlichen Majestät zuliebe die Thronfolgefrage in dem angeordneten Sinne erledigt werden, so komme als Nachfolger des Königs der jetzt zehn Jahre alte, älteste Sohn des Kronprinzen in Betracht; bis zu seiner Regierungsmündigkeit würde Prinz Johann Georg die Regentenschaft führen. Aktuell wird die Frage erst werden, wenn der Thron einmal erledigt ist; bis dahin wird die Densität, selbst wenn schon Vereinbarungen getroffen sein sollten, kaum etwas Authentisches erfahren. Immerhin spricht mehr als die bloße Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Dinge den angeordneten Lauf nehmen werden. —

## Ausland.

### Entscheidungslämpfe in Marokko

werden wieder einmal angekündigt. Aus Tanger wird vom Sonntag gemeldet:

Erste Nachrichten sind hier aus Fez eingegangen. Der Prätendent ist offenbar entschlossen, die Offensive zu ergreifen und rückt an der Spitze einer beträchtlichen Truppenmacht vor, deren Zahl man nicht schätzen kann. Nach einem vom 21. d. M. datierten Brief erreichte die Vorhut einen Ort, der 25 bis 30 Meilen von Fez entfernt liegt; zu einem Gefecht kam es nicht, aber ein Zusammenstoß ist nur eine Frage von Stunden; man erwartet, daß es eine Entscheidungsschlacht sein werde. Sollte es dem Prätendenten glücken, die Hauptmacht der am Sebuflusse postierten Truppen zu schlagen, so würde Fez unvermeidlich in seine Hände fallen. —

## Frankreich.

Die Polizei der Republik. Der Polizeigewaltige von Paris, Herr Lepine, hat sich dieser Tage wiederum durch eine Reihe Maßnahmen bemerkbar gemacht, die mit dem Geiste einer Republik durchaus unvereinbar sind. Nicht allein, daß er in brutaler Weise einige harmlose Manifestationen der Studenten unterdrückt, hat er auch die Jung-Türken, welche Frankreich zu ihrem Erbteil erwählt haben, durch allerschand kleinliche Schikanen verolgt. Dieser Tage wurde auf dem türkischen Kirchhof zu Paris der Schwager des Sultans beerdigt. Die Polizei des Herrn Lepine untersagte alle in Türkisch gehaltenen Reden und ließ nur ein kurzes in türkischer Sprache gesprochenes Gebet zu. Der bekannte Jung-Türke Ahmed Rıza sprach hierauf in französischer Sprache, als er aber das Wort Thronrecht ansprach, wurde ihm vom anwesenden Polizeikommissar das Weiterreden unterzagt. Die Anwesenden stießen die Aulse aus: „Hoch die Freiheit, nieder mit der Tyrannei“, was die anwesenden Polizeimannschaften veranlaßte, die Teilnehmer in brutaler Weise aus dem Friedhof zu drängen. —

Graf Boni de Castellane, dessen Mandat von der Mehrheit der Deputiertenkammer für ungültig erklärt worden war, wurde bei der gestrigen Neuwahl in Castellane mit einer Mehrheit von über 100 Stimmen wiedergewählt. Gegenkandidat war André Siegfried, der Sohn des früheren Handelsministers. —

## Amerika.

Ueber den Panamakanal-Vertrag wird noch gemeldet: Außer den bereits bekannten Einzelheiten setzt der Panamakanalvertrag fest, daß das Gebiet im Kanal neutral sein soll, und daß die Vereinigten Staaten eine Neutralität sowie die Oberhoheit Kolumbiens garantieren. Es wird in Washington eine gemeinsame amerikanische kolumbische Kommission eingesetzt werden, um Bestimmungen betreffend eine Gesundheitspolizei einzuführen und ausrecht zu erhalten. Die Vereinigten Staaten weisen jede Absicht zurück, die dahin zielt, der Oberhoheit Kolumbiens Eintrag zu thun oder ihr Gebiet auf Kosten Kolumbiens oder anderer Staaten von Süd- und Central-Amerika zu vergrößern; im Gegenteile, die Vereinigten Staaten erklären, daß sie zur Stärkung obengenannter Republiken beitragen sowie dieselben in der Entwicklung und Aufrechterhaltung ihrer Wohlthat und Unabhängigkeit unterstützen wollen. Kolumbien gesteht zu, daß es keiner Macht innerhalb bestimmter Grenzen dieses Gebietes Teile zu Kohlenhäfen weder abtreten noch pachtweise überlassen, oder daß es überhaupt etwas thun werde, was dem Bau, der Sicherheit oder dem freien Gebrauch des Kanals Eintrag thun könnte. Die Vereinigten Staaten werden Kolumbien materielle Hilfe leisten, um zu verhindern, daß dieses Gebiet besetzt werde. — Panama und Colon sind zu Freihäfen erklärt worden für Rauffahrtsschiffe, die bestimmt sind, den Kanal zu durchfahren. Der Kanal wird dem Handel 14 Jahre nach Austausch der Ratifikationen geöffnet werden.

## Venezuela.

### San Carlos nicht zerstört!

Das amtliche Telegramm des Oberkommandierenden unsrer Blockade-Flotte, des Kommodore, S h e d e r, meldete bekanntlich, daß er das Fort San Carlos „bombardiert und zerstört“

habe. Der deutsche Kommodore hat durch diesen Passus seiner übrigen verpöbelten Mitteilung keine Thatsache, sondern eine Forderung gemeldet. Wie nämlich von den verschiedensten Seiten übereinstimmend berichtet wird, ist das Fort San Carlos durch das Bombardement der deutschen Flotte nicht zerstört worden. Es hat zwar schwere Beschädigungen erlitten, ist aber nicht zum Schmelzen gebracht worden. Das Fort trotz noch immer den deutschen Angriffen trotz eines fünfjährigen Bombardements der deutschen Flotte. „Reuters Bureau“ meldet aus Maracaibo:

Das Bombardement von San Carlos wurde suspendiert. Die „Vireta“ und „Gazelle“ gingen nach Curacao, der „Panther“ blieb zur Aufrechterhaltung der Blockade zurück. Er verbleibt ungefähr eine Seemeile vor der Barre. Am Donnerstag versuchte er zweimal, den Kanal vor dem Fort zu passieren, gab es aber auf. Das Dorf San Carlos ist total niedergebrannt, auf dem Fort weht noch die venezolanische Flagge, seine Besatzung von 239 Mann hält noch aus, da die Mauern, welche niedrig und nahe dem Wasserpiegel liegen, in gutem Zustande verbleiben; nur die nach der See zu liegenden sind beschädigt; die deutschen Schiffe blieben unbeschädigt. Aus New York wird telegraphiert: Das Bombardement hörte seit Freitag nachmittag auf. Trotz der größeren Tragweite der deutschen Geschütze konnten diese das Fort nicht zum Schmelzen bringen. Die Venezolaner hatten in der Besorgnis, daß die Deutschen zu Lande und das Fort zu erlösen versuchen würden, Schnellfeuergeschütze montiert, welche alle Zugänge beherrschten.

Es scheint danach, als ob Kommodore Scheder es aufgegeben habe, das Fort zum Schmelzen zu bringen und die Forcierung des Einfahrtskanals zu der Lagune von Maracaibo zu erzwingen. Wenigstens wollen wir hoffen, daß der deutsche Kommandierende keinen Versuch macht, durch eine Landung das Fort zu nehmen. Amerika, dessen Stimmung schon durch das Bombardement aufs höchste erregt ist, hat ja wiederholt erklärt, daß es kriegerische Landoperationen nicht dulden werde.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ sollen allerdings die Deutschen das Fort erlösen und in die Luft sprengen haben. Die Umstände lassen jedoch die Richtigkeit dieser Meldung als sehr fragwürdig erscheinen. Interessant ist die Bemerkung eines marine-offiziös bedienten Berliner Organs, daß diese Meldung dem bekannten „Deutschen Haife“ des New Yorker Blattes entsprungen sein dürfte. Man hält also auch in diesen Kreisen eine Landung und Eröfnerung des Forts für einen Akt, der geeignet sei, den Deutschen der Amerikaner zu entziehen.

Die Schuld für den Zusammenstoß wurde in dem Telegramm des Kommodore Scheder bekanntlich dem Kommandanten von San Carlos zugeschrieben, der zuerst gefeuert habe. Unsere Auffassung, daß der venezolanische Kommandant in Folge des Vorgehens des „Panther“ gar nicht umhin gekommen habe, das Feuer zu eröffnen, wird von der „Frankfurter Zeitung“ durchaus geteilt. Das Blatt schreibt:

„Die nun endlich in Berlin eingetroffene amtliche Meldung des Chefs des deutschen Geschwaders in den Gewässern von Venezuela, des Kommodore Scheder, über die Beschädigung des Forts San Carlos bei Maracaibo ist sehr dürftig und läßt vor allem unangenehm, zu welchem Zwecke der „Panther“ die Maracaibo-Barre passiert hat. Wollte er in die Lagune von Maracaibo eindringen, um das dort liegende venezolanische Kanonenboot „Miranda“ wegzunehmen, so kann man dieses Manöver nur als überflüssig bezeichnen, denn die in der Lagune eingeschlossenen „Miranda“ war dort ebenso unschädlich, als wenn sie mit Beschlag belegt worden wäre. Hat der Kommandant des „Panther“ den Befehlshaber des den Kanal beherrschenden Forts San Carlos von seiner Absicht, durch denselben zu fahren, vorher verständigt? Schwerlich! Andernfalls braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die Venezolaner den Versuch, die Durchfahrt durch den Kanal zu forcieren, als einen feindlichen Akt ansehen und denselben zu verhindern suchten. Aus der Mitteilung des Kommodore Scheder geht hervor, daß der Befehlshaber des Forts, ehe er sahien ließ, den „Panther“ vorher nicht gewarnt hat, infolgedessen es etwas sonderbar, wenn der deutsche Geschwaderchef bemerkt, daß der „Panther“ vom Fort San Carlos „unwertet“ angegriffen worden sei. Wenn der „Panther“ die Durchfahrt zu forcieren versuchte, d. h. einen feindlichen Akt beging, mußte er wohl auch auf eine feindliche Gegenwehr gefaßt sein. Die Venezolaner haben ja auch bei Puerto Cabello geschossen, als die Engländer und Deutschen die dortigen Forts bombardierten. Die Beschädigung und Zerstörung des Forts von San Carlos könnte nur dann gerechtfertigt werden, wenn der „Panther“ ohne Grund vom Fort beschossen worden, der Angriff also in Wirklichkeit von den Venezolanern ausgegangen ist. Dieser Punkt ist aber noch nicht aufgeklärt. Es hat fast den Anschein, als ob dem Thatsachenraum gelassen worden ist, während es doch durchaus notwendig ist, die militärischen Aktionen in Einklang mit der politischen Lage zu bringen. Daß das Vorgehen des „Panther“ zeitlich zusammenfiel mit dem Beginn der diplomatischen Verhandlungen, ist bekanntlich in den Vereinigten Staaten dahin ausgelegt worden, daß man von deutscher Seite ein Scheitern dieser Verhandlungen herbeiführen wolle. So unsinnig auch diese Annahme sein mag, so sollte man doch auf unserer Seite selbst den Schein vermeiden, als ob wir etwas Besonderes leisten müßten. Warum giebt denn das Verhalten der englischen und italienischen Blockadeschiffe keinen Anlaß zu solchen Behauptungen, wie sie gegen Deutschland gerichtet werden?

Unsere Auffassung von dem Vorgang wird ferner bestätigt durch eine Meldung der „Daily Mail“ aus Willemstad:

Der „Panther“, der vor dem Fort San Carlos unsicher verankert lag, ging näher an die Castillo-Batterie heran, welche einen Schutz als Warnung abseuerte. Da der „Panther“ ihn nicht beachtete, feuerte das Castillo abermals. Hierauf eröffnete der „Panther“ das Feuer, welches eine halbe Stunde dauerte, wonach er sich zurückzog.

Das Urteil Englands und Amerikas. Der ministerielle „Standard“ urteilt über die neueste Schießaffäre:

„Die von Berlin kommenden Erklärungen bezüglich der Beschädigung des Forts San Carlos werden von den Amerikanern als nicht stichhaltig angesehen und besonders die Tötung einiger harmloser Zivilisten regt die Bevölkerung im höchsten Grade auf. Einzelnen, daß die Amerikaner im jetzigen Augenblicke das Vorgehen der deutschen Regierung als eine direkte Beleidigung ansehen. Mr. Bowen weist gegenwärtig in Washington und die Eröffnung des Feuers auf das San Carlos Fort seitens dreier deutscher Kriegsschiffe ist angefaßt der eingeleiteten Verhandlungen etwa dasselbe, als wenn im aktuellen Kriege absichtlich auf eine Parlamentarierfrage geschossen wird.“

„Daily Chronicle“ sagt, daß die in Venezuela befolgten deutschen Methoden nicht gerade zur Befriedigung neigen. Der Pfad zu einem baldigen und glücklichen Ausgang der gegenwärtigen Verhandlungen werde durch das Bombardement eines Forts, das Niederbrennen eines Dorfes und die Kaperei eines widerstandslosen Schiffes alles andere denn gebietet. Im Gegenteile, Präsident Castro werde in seinem Widerstande nur abermals bestärkt werden, da

ihm die steigende Entrüstung der amerikanischen Regierung nicht entgegen dürfe. „Daily Graphic“ dagegen nennt das deutsche Vorgehen einen „außerordentlich bedauerlichen Akt“ und spricht die Hoffnung aus, daß die Berliner Regierung dem Feuerschein der deutschen Matrosen in venezolanischen Gewässern Jügel anlegen werde. Wäre — so meint das Blatt weiter — England in dieser Frage allein vorgegangen, so würde sie sicher längst erledigt sein, statt dessen dauere die Blockade nun seit mehr als sieben Wochen an und ein Ende könne noch nicht abgesehen werden.

Die Beurteilung in Amerika ist begrifflichweise eine noch viel erbittertere. Der New Yorker Reporterflatter der „Times“ schreibt, bei aller Neigung, die Thatsachen maßvoll zu schildern, müsse doch zugegeben werden, daß die Stimmung in Nordamerika gegen Deutschland bis zur Gefährlichkeit gereizt sei; selbst wenn die venezolanischen Wirren heute oder morgen ein Ende erreichen würden, würden sich doch früher oder später die ernsthaften Folgen einstellen. Die leitenden Blätter im ganzen Lande betonen nachdrücklich die Notwendigkeit der Verstärkung der amerikanischen Flotte, damit ein Krieg mit Deutschland sie nicht unvorbereitet treffe.

Das ist der Erfolg des deutschen Liebeswerdens um Amerikas Gunst, das die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgendermaßen charakterisiert:

„Der deutsche Kaiser telegraphiert Roosevelt und andre Großen jenseits des Wassers in englischer Sprache an (wofür der Präsident kurz in englischer Sprache dankt), sendet eine Statue eines berühmten Potentaten nach Washington (die an ganz verstedter Stelle unter Protest und Schimpfen aufgestellt wird), ja noch mehr, sendet seinen eignen Bruder dorthin (der barumistisch herumgeführt wird), läßt Roosevelts Tochter seine Sportnacht taufen, (während diese Miss Alice bei ihrem Besuch in London die Berliner Residenz schneidet), beschenkt die amerikanischen Museen (während amerikanische Milliardäre nur ihr Land bedenken), schmachtet die amerikanischen Journalisten (denen der deutsche Votischer den Zutritt zu den Prinz-Heinrich-Festen aus preussischer Bureaufürsicht verbietet), sendet an des Präsidenten Familie Geschenke (wofür erst lange diskutiert wird, da Roosevelt aus Verfassungsgründen nicht Geschenke annehmen kann).“

Kurz, Amerika wird vom deutschen Kaiser in freigelegter Weise mit Liebeswürdigkeiten überschüttet, ohne daß es sich irgendwie rebanziert.“

Der Stand der Verhandlungen.

Zwischen dem Bevollmächtigten Venezuelas Bolven und den Vertretern Englands, Deutschlands und Italiens sind hier schriftliche Erklärungen wegen Aufhebung der Blockade ausgetauscht worden. Danach haben die drei Vertreter die sofortige Aufhebung der Blockade zugesagt, sobald zwischen ihnen und Bolven Abkommen mit den von den Mächten aufgestellten Bedingungen abgeschlossen sind. Diese Bedingungen betreffen namentlich die von Venezuela zu leistenden Garantien. Venezuela hat einen Teil der Vorkaufe von La Guayra und Puerto Cabello angeboten.

Mr. Bowen erklärte, guten Grund zu der Annahme zu haben, die Kontroverse zwischen den alliierten Mächten und Venezuela werde baldigst eine befriedigende Lösung finden, nachdem die gefrigen Konferenzen einen ganzen Tag lang gedauert haben.

Der „New York Herald“, welcher heute durch den früheren venezolanischen Finanzminister ein

„deutsches Panama“ aufdecken läßt, das 1896 unter der Regide der Disconto-gesellschaft, sowie unter Mitwirkung des damaligen Präsidenten Crespo inszeniert worden sei, bezeichnet Bowens Erklärung als den Eintritt des friedlichen Wendepunktes der hochgespannten Situation. Der venezolanische Generalkonsul d'Esteves erklärt alle deutschen Ansprüche für betrügerisch und bemerkt: „Shylock wäre nicht bloß ein bekannter Shakespearischer Charakter, sondern auch in Berlin anzutreffen. Die ganze Aktion Deutschlands bezwecke nur Landwerb.“

Amerikanische „Scherze“.

Nach einer Meldung, die auch wir in unserer Sonntagsnummer veröffentlicht haben, ist wegen der Vorwürfe in Venezuela der Sohn des deutschen Kriegsministers v. Gokler injuliert worden. Nach der Versicherung des „Tag“ handelte es sich dabei nur um eine „äußerst harmlose Angelegenheit“. Der „Tag“ berichtet darüber des näheren:

Nach Mitteilung des Herrn v. Gokler handelt es sich bei der Affäre, deren Gegenstand er war, um einen Scherz. Der deutsche Generalkonsul Wanz ist gleicher Meinung. Es war eine Art „Fuchspelken“, die bei der Festlichkeit vorgenommen wurde. v. Gokler war zum erstenmal in dem Verein. Die Geschichte wurde von seinem eignen Partner, einem Stod-Amerikaner, angeregt. Gokler kam spät, alles war bereits in verquälter Stimmung, er trug, weil er später auf einen Ball gehen wollte, als einziger unter den Erschienenen Frack und Chapeau. Es wurde eine Olive nach seinem Hut geworfen, auch mit andren wurden Scherze getrieben, darunter vielen Deutschen, wobei „Down with the Dutchmen“ („Nieder mit den Deutschen“) gerufen wurde. Dieser harmlose Spaß wird nun von dem „New Yorker Journal“ aufgebaut.

Rur gut, daß diese liebenswürdigen Spahbügel keine Haitianer oder Venezolaner waren!

## Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung. Montag, 26. Januar. 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Poddiecki. Die zweite Beratung des Stats wird beim Etat der „Forstverwaltung“ fortgesetzt.

Zu den „Einnahmen“ ergreift das Wort Abg. Gothein (fr. Sp.): Im Interesse der preussischen Staatsforsten ist es durchaus erwünscht, daß die Holzseinfuhr wieder wächst. Dadurch werden unsere Forsten vorläufig gesichert. Später werden dann auch die Einnahmen aus den Staatsforsten wieder größer werden.

Abg. Schmitz-Düsseldorf (C.):

Im vorigen Jahre waren als Einnahmen 45 Millionen in den Etat eingesetzt worden. In Wirklichkeit sind aber 88 Millionen Mark eingenommen worden. In diesem Jahre hat man 81 Millionen Einnahmen eingesetzt. Ich hoffe, daß diese Zahl ebenso überschritten werden wird, wie im vorigen Jahre, damit das wenig freundliche Geschäft unfres Haushaltes wenigstens etwas freundlicher gestaltet wird. Vom Ministerische ist angekündigt worden, daß die Einfuhr in nächster Zeit steigen wird, und daß dadurch die Preise zurückgehen werden. Umso mehr muß die Regierung bei den kommenden Handelsverträgen das Interesse der heimischen Forstwirtschaft wahren. Es wäre mir noch interessant zu hören, was der Landwirtschaftsminister zur Stärkung des privaten Waldbesitzes gethan hat. (Bravo! im Centrum.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Camp, Borster, Lührs, Gronau, Szmla, Red, sowie des Landwirtschaftsministers v. Poddiecki werden die Einnahmen bewilligt.

Es folgen die Ausgaben, die ohne wesentliche Debatte bewilligt werden.

Ueber eine Petition des Bezirksvereins Gesundbrunnen um Nichtveränderung der Schönholzer Heide zu Bauzwecken wird debattelos zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Die Beratung beginnt mit den Einnahmen.

Abg. Ring (L):

richtet an den Minister die Anfrage, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke zur Einführung einer obligatorischen Schlachtvieh-Versicherung. Diese Forderung werde von der Majorität des Hauses unterstützt. Sämtliche landwirtschaftliche Korporationen stehen auf dem Boden einer solchen Versicherung.

Landwirtschaftsminister v. Poddiecki:

Die von mir in dieser Angelegenheit befragten landwirtschaftlichen Autoritäten haben sich für die Ueberzeugung bekant, daß eine einseitige Einführung der Schlachtvieh-Versicherung durch Preußen erheblichen Schwierigkeiten begegnen würde. Ich kann das nur bestätigen. Das Reich muß die grundlegenden Principien aufstellen; die Ausführungsbestimmungen bleiben dann den einzelnen Bundesstaaten überlassen. Ich bejahe die Notwendigkeit einer solchen Versicherung für die Landwirtschaft, verneine aber, daß Preußen allein vorgehen kann.

Abg. Febr. v. Wangenheim (L):

Auf dem Gebiete der Schlachtvieh-Versicherung können wir nur etwas erreichen, wenn Preußen als größter Bundesstaat sich entschließt vorzugehen. (Sehr richtig! rechts.) Das Reich schiebt die Sache auf Preußen, und Preußen wieder aufs Reich. Redner fährt über die hohen Fleischbeschau-Gebühren Klage und weist auf eine Petition aus Hamburg hin, in der sich die dortigen Schlächter über zu häufige Untersuchungen beschweren.

Landwirtschaftsminister v. Poddiecki:

Ich verurteile es selbstverständlich, wenn Hamburg durch ganz unnötige Untersuchungen den Preis des Fleisches verteuert. Ich werde über diesen Fall durch das Auswärtige Amt Erkundigungen einziehen lassen.

Abg. Graf Prashma (C.):

Es ist durchaus nicht unmöglich, daß Preußen selbständig eine Schlachtvieh-Versicherung einführt. In Sachsen besteht eine solche Versicherung schon seit Jahren. (Sehr richtig! rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Poddiecki:

Der deutsche Landwirtschaftler ist zweimal direkt für die reichsgesetzliche Regelung der Schlachtvieh-Versicherung eingetreten. Diese Beschlüsse sind unter Mitwirkung auch von Mitgliedern der Parlamente gefaßt worden.

Abg. Ring (L):

spricht sich für eine Schlachtvieh-Versicherung von Seiten Preußens aus. Seine Partei lehne jede Verantwortung ab für die Zustände, die auf dem platten Lande durch die Einführung der Fleischschau entstehen würden ohne die Schlachtvieh-Versicherung.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Es folgen die Ausgaben.

Abg. Ring (L):

hemangelt das Notierungswesen an den öffentlichen Schlachthöfen.

Landwirtschaftsminister v. Poddiecki:

Abg. Ring hat als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen vollständig recht, wenn er sagt, daß die jetzigen Notierungen an den Viehmärkten nicht den berechtigten Anforderungen entsprechen. Ich gebe zu, daß es falsch ist, wenn der Handel lediglich auf der Schätzung beruht, wie viel Fleisch in dem Stück vorhanden ist. Aber auch der Handel nach Lebendgewicht führt vielfach zu einem falschen Resultat, da oft als Fleisch verkauft wird, was in Wirklichkeit Knochen sind. Ich hoffe, daß man immermehr dazu übergeht, nach Lebendgewicht mit einem bestimmten Abzug für Knochen z. z. handelt.

Abg. Meinde-Randfeld (L) verbreitet sich über die Verluste der Hallenser Landwirtschaftskammer bezüglich der Ergiebigkeit der verschiedenen Weizenarten zum Vaden. Redner kommt zu dem Ergebnis, daß die inländischen Sorten wertvoller und geeigneter hierzu seien als die ausländischen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. Schluß 4 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

Die neue Broschüre: Der Umsturz im Reichstage hat es Herrn Eugen Richter angethan. Er schimpft in der „Freisinnigen Zeitung“ auf diese Schrift, die angeblich seine Lügen in der Sonderausgabe der „Freisinnigen Zeitung“ und im neuen WC-Buch zu berechtigen bestimmt sei. Herr Eugen Richter überhäuft sich und seine literarischen Produkte im selben Maße, als diese an Wert und Bedeutung sinken. Die Broschüre hatte keinen andren Zweck als den: in den Kreisen der Bevölkerung, in denen unsre Parteipresse nicht genügend verbreitet ist, die brutale Vergeßlichkeit und Jollraubs-Politik der Reichsparteien wahrheitsgemäß darzustellen; daß dabei die Schleppeidienste, welche Eugen der Reaktion und Jollwuchermehrheit geleistet, auch ihre Würdigung finden müßten, liegt auf der Hand. Um aber den Wählern auch eine Kontrolle ihrer Abgeordneten zu ermöglichen, wurde über die wichtigsten namentlichen Abstimmungen (Antrag Kischbäcker, Gröber, Starbork usw.) eine nach Ländern und Provinzen geordnete Zusammenstellung angehängt, die in den Händen der Wähler wie eine Proskriptionsliste der Jollräuber wirken wird. Der billige Preis bei Rosenbezug wird die weiteste Verbreitung ermöglichen — unsren Gegnern zum Schreck!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Alexei Polizeikommissar.

An den Vertrauensmann der socialdemokratischen Partei

Herrn Otto in Jena.

Andurch die ergebnisse Mitteilung, daß ich die von Ihnen auf Sonntag, den 25. d. M., im hiesigen „Katscheler“ anberaumte öffentliche Volksversammlung nicht erlaube.

Ueber die nächsten Reichstagswahlen zu sprechen, ist ohnfreitig noch zu früh, da ist immer noch Zeit genug, wenn dieselben ausgeschrieben sind.

Mit Hochachtung

Rothstein, den 22. Januar 1903.

Wir können dem Herrn Gemeindevorstand als Kenner der Sache versichern, daß es für uns niemals zu früh ist, über die Reichstagswahlen zu sprechen. Vorher war schon in dem geeigneten Rothenstein die gleiche Versammlung angemeldet worden, der Bezirksdirektor telegraphierte jedoch an den Gemeindevorstand: „Versammlung verboten“ und der Gemeindevorstand verbot. Warum, das brauchte er ja nicht zu wissen und mußte es auch in der That nicht. Darum verfiel er bei der zweiten Versammlung auf die gemüthliche Ausrede, daß ja noch lange Zeit sei, über die Geschichte zu reden.

Ueber die letzten Beschlüsse des Reichstages und das Verhalten des Herrn Wasmann hierzu sollte in Reustadt a. D., auch in Weimar, gesprochen werden. Die Versammlung wurde verboten, weil

der Einberufer und der in der Versammlung auftretende Redner socialdemokratische Agitatoren sind und daß der in der Versammlung zu behandelnde Gegenstand von solcher Beschaffenheit ist, daß dessen Behandlung durch einen socialdemokratischen Agitator eine dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung in sich zu schließen geeignet ist.“

Wohlgemerkt, es handelte sich um eine Besprechung über die Behandlung des Jolltarifs im Reichstage, und das ist allerdings für die Protowiderrordnung gefährlich.

In Wichweiler im Ufah erklärte der überwachende Beamte dem socialdemokratischen Redner in einer Versammlung, das Centrum

dürfe er nicht kritisieren, da dieses im Reichstage die Mehrheit bildet. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde dann die Verammlung aufgelöst, weil der Redner die unbestreitbare Thatsache konstatierte, daß andre Länder ohne Monarchen auskommen.

Im Ratsch. In Kottbus wurden die drei Vorstandsmitglieder des Volksvereins mit je 15 M. Geldstrafe belegt wegen Unterlassung der An- und Abmeldung von Mitgliedern. Sie mußten vom Gericht freigesprochen werden, weil die Polizei nicht den geringsten Beweis für die Behauptungen des Strafbefehls erbringen konnte.

Wegen des gleichen Verbrechens wurden die drei Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsartells mit je 15 M. Geldstrafe belegt. Sie wurden freigesprochen, weil das Gericht das Gewerkschaftsartell nicht als Verein ansehen konnte.

Und endlich wurden wegen des gleichen Verbrechens die Vorstandsmitglieder des Gefangenenvereins „Liedeslust“ mit je 15 M. polizeilicher Geldstrafe bedacht. In diesem Falle erkannte auch das Gericht auf dieselbe Strafe, weil es in dem Singen gewisser Lieder wie „Ein Sohn des Volkes“ u. eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sah. Was natürlich falsch ist.

## Aus Industrie und Handel.

Die Kohlenförderung der deutschen Becken belief sich nach soeben veröffentlichter amtlicher Zusammenstellung im vorigen Jahre auf 107 437 681 Tonnen Steinkohlen (im Vorjahre 107 825 000), 43 904 586 Tonnen Braunkohlen (44 505 025), 9 202 796 Tonnen Coals (9 163 473) und 9 214 086 Tonnen Briquettes u. (9 251 452). Die Kohleneinfuhr des Deutschen Reiches setzte sich im ganzen Jahre 1902 zusammen aus 6 426 658 Tonnen Steinkohlen (im Vorjahre 6 297 350), 7 882 010 Tonnen Braunkohlen (8 108 943), 363 488 Tonnen Coals (400 197), 81 834 Tonnen Preß- und Torfkohlen (92 037). Die Kohleneinfuhr betrug im ganzen Jahre 1902 18 101 141 Tonnen Steinkohlen (im Vorjahre 15 266 267), 21 766 Tonnen Braunkohlen (21 718), 2 182 383 Tonnen Coals (2 006 931) und 697 799 Tonnen Preß- und Torfkohlen (529 765).

Der größte Teil der Steinkohleneinfuhr des letzten Jahres ging nach Oesterreich-Ungarn, nämlich 4 604 498 Tonnen, dann folgen die Niederlande mit 4 540 956 Tonnen, Belgien mit 2 217 419 Tonnen, die Schweiz mit 1 019 704 und Frankreich mit 880 867 Tonnen.

Getreide-Ernte in Oesterreich. Nach den Veröffentlichungen des Ackerbau-Ministeriums betrug die Ernte des letzten Jahres im Vergleich zu den Jahren 1899—1901:

	1902	1901	1900	1899	1898	im Durchschnitt der Jahre 1892—1901
	Millionen Meter-Centner					
Weizen . . .	13,5	12,0	11,1	13,7	12,8	11,9
Roggen . . .	20,9	19,2	18,9	21,7	20,2	18,8
Gerste . . .	16,1	14,6	13,4	15,9	13,8	13,4
Hafer . . .	18,2	17,2	17,1	20,2	18,7	17,2
Rais . . .	3,4	4,5	3,9	3,7	4,2	

Die diesjährige Ernte war in den vier Haupt-Produktionsrichtungen sehr günstig; sie war größer als der Ertrag des Vorjahres und auch durchweg größer als der fünfjährige Durchschnitt, nur die Raisernte hat einen außergewöhnlich niedrigen Ertrag geliefert, der weit hinter dem Durchschnitt zurückbleibt.

Eine nicht empfehlenswerte Versicherungs-Gesellschaft. The Independent Order of Foresters (I. O. F.) ist eine angeblich auf dem Grundsatz der Brüderlichkeit beruhende Versicherungs-Gesellschaft, die in Kanada ihren Sitz hat, aber in aller Welt Mitglieder für ihre Krankheits-, Alters- und Lebensversicherung zu werben sucht. Von dem Zeitpunkt an, wo sie in Dänemark ihren Einzug hielt, wurde sie vom Kopenhagener „Socialdemokraten“ energisch bekämpft und diese fortgesetzten Angriffe führten dazu, daß sich vor einiger Zeit eine öffentliche Versammlung mit den Verhältnissen der I. O. F. befahte und ein Komitee von 6 Personen, davon 3 Mitglieder der I. O. F. einsetzte, das die Verhältnisse untersuchen sollte. Dieses Komitee ersuchte dann folgende 5 sachverständige Personen um ihr Urteil über das Geschäftsgebahren der Gesellschaft: die Universitätsprofessoren Dr. Thiele und Dr. Westergaard, Dr. phil. Gram, den Direktor der Staatsanstalt für Lebensversicherung, Bing, und den Direktor C. A. Werfen. Das Urteil fiel einstimmig zu Ungunsten der I. O. F. aus und daraufhin folgte das Komitee einstimmig folgende Resolution:

„Die eingelaufenen Antworten haben gezeigt, daß Einstimmigkeit darüber herrscht: 1. daß dem I. O. F. per 31. Dezember 1897 ca. 120 Millionen Kronen fehlten, um seinen Verpflichtungen den Mitgliedern gegenüber nachzukommen, wenn diese, so lange als ihnen ihre Policen das Recht dazu geben, in der Gesellschaft bleiben würden; 2. daß eine Versicherungs-Gesellschaft, die derart basiert ist, nicht als gesund gelten kann; 3. daß es deshalb als verwerflich angesehen werden muß, für die Ausbreitung dieser Gesellschaft zu arbeiten. Aus diesen Gründen erklärt das Komitee, daß es niemanden empfehlen kann, dem I. O. F. beizutreten oder als Mitglied darin zu verbleiben.“

Neue 5-prozentige amortisierbare rumänische Rente. Die Disconto-Gesellschaft und die Bankfirma S. Wiedröder haben heute gemeinsam der Zulassungsstelle der Berliner Börse den Prospekt der neuen 5-prozentigen Anleihe von 185 Millionen Frank = 140,85 Millionen Mark eingereicht, die zur Einlösung der 5-prozentigen Schatzscheine von 1899 dienen soll. Verstärkte Verlosung oder Kündigung der neuen Anleihe ist nach dem Prospekt bis zum 1. März 1913 ausgeschlossen. — Die von rumänischer Seite mitgeteilt wird, soll die Anleihe zu 95 1/2 Proz. ausgegeben werden, wovon für Provision und Spesen 1 1/2 Proz. in Abzug kommen, so daß die rumänische Regierung 94 Proz. erhält.

Belgiens Außenhandel im Jahre 1902. Das belgische „Bulletin Mensuel du Commerce“ veröffentlicht jetzt auch für Belgien die Handelsziffern des vergangenen Jahres. Danach erreichte die Einfuhr im Jahre 1902 einen Wert von 2 276 070 000 Franken gegen 2 148 680 000 Franken im vorhergehenden Jahre, hat also um 127 401 000 Franken oder 5,95 Proz. zugenommen. Der Wert der Ausfuhr belgischer Erzeugnisse belief sich im Jahre 1902 auf 1 857 326 000 Franken gegen 1 761 445 000 Franken im Jahre 1901, zeigt also eine Zunahme um 95 881 000 Franken oder 5,44 Proz.

Die Beteiligung der wichtigsten Länder an dieser Handelsbewegung gestaltete sich wie folgt:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1902	1901	1902	1901
	Wert in tausend Franken			
Deutschland . . .	257 012	239 766	373 445	365 048
Großbritannien . . .	204 544	197 680	355 268	339 447
Frankreich . . .	393 654	512 770	353 978	346 140
Niederlande . . .	103 503	180 291	212 727	193 629

## Sociales.

### Unfallverhütung und Berufsgenossenschaften.

Die Ueberwachung der Betriebe durch die Berufsgenossenschaften im Interesse der Unfallverhütung ist immer noch recht mangelhaft. So giebt es noch immer acht gewerbliche Berufsgenossenschaften, die für Ueberwachung der Betriebe keinen Fennig aufwenden. Es sind das folgende: Schleifische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Reinen-Berufsgenossenschaft, Bremersee-Berufsgenossenschaft, Schornsteinfeger-Berufsgenossenschaft, Privatbahn-Berufsgenossenschaft, Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, Westdeutsche Dampfschiffahrts-Berufsgenossenschaft und Elbischiffahrts-Berufsgenossenschaft.

Unter denen, die einige Aufwendungen für diesen Zweck machten, sind aber wieder verschiedene mit so lächerlich geringen Summen, daß sie gar nicht erst in die Frage kommen. So hat die Magdeburgische Baugewerkschaft-Berufsgenossenschaft mit 6017 Betrieben und 46 965 Arbeitern ganze 22,20 M. für Betriebsüberwachung ausgegeben, die Straßenbahn-Berufsgenossenschaft mit 403 Betrieben und 48 820 Angestellten 144,00 M., die Ostdeutsche Dampfschiffahrts-Berufsgenossenschaft mit 8189 Betrieben und 21 410 Beschäftigten 302,10 M.; die höchste absolute Aufwendung hat die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft bei 28 091 Betrieben und 209 410 Versicherten mit 46 942,98 M. Die Gesamtansgabe aller gewerblichen Berufsgenossenschaften für Ueberwachung der Betriebe beträgt 696 225 M. Da insgesamt 483 578 Betriebe vorhanden waren, so entfällt auf einen Betrieb ungefähr 1,40 M. Daß damit keine wirksame Ueberwachung der Betriebe zu erzielen ist, bedarf keines weiteren Nachweises.

Außerordentlich viel schlimmer ist es noch in der Landwirtschaft. Die Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen hat es erst vor kurzer Zeit offiziell ausgesprochen, daß die Landwirte mit Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter sträflich leichtfertig umgehen und die Unfallverhütung in größtlicher Weise vernachlässigen. Wie mag es da erst in den andern landwirtschaftlichen Betrieben aussehen! Denn so wenig die sächsische Berufsgenossenschaft für Ueberwachung der Betriebe ausgegeben hat — 4681,44 M. bei 181 340 versicherungspflichtigen Betrieben mit 427 583 Versicherten, weniger als 3 Pf. per Betrieb — so steht sie doch noch glänzender da gegenüber allen andern landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (in der Gesamtansammlung). Von allen 48 Berufsgenossenschaften der Landwirtschaft hatten überhaupt nur 5 irgend welche Aufwendungen für Ueberwachung der Betriebe und zwar insgesamt 8841,94 M. Die Gesamtzahl der versicherten Betriebe beträgt 4 707 998 mit 11 189 071 Versicherten. Da für die landwirtschaftlichen Betriebe so gut wie keine Ueberwachung durch die staatliche Gewerbe-Inspektion in Frage kommt, so kann man mit Zug und Recht behaupten, daß in der Landwirtschaft gar nichts geschieht, um die Unternehmer zur Unfallverhütung anzuhaken.

Der Kerkzestritt in Gera ist vom Vorstande der Textil-Betriebskasse in der Weise beendet worden, daß er sechs Ärzte (darunter vier auswärtige) als Kassenärzte fest angestellt hat und noch weitere vier anstellen will, welche Stellen den dortigen Ärzten noch für kurze Zeit offengehalten werden sollen. Meldet sich keine Bewerber aus Gera, so sollen auch diese vier Stellen noch mit auswärtigen Bewerbern, die bereits vorhanden seien, besetzt werden. Die Folge des Kerkzestritts wäre demnach für die Mitglieder der Kasse der Verlust der bisherigen (beschränkten) freien Arztwahl. Die neuen Verträge sollen auf fünf Jahre abgeschlossen sein.

Berichtigung. In dem Artikel „Lebenshaltung der Arbeiter“ in Nr. 20 behauptet der Druckfehlerteufel, daß die aus 3 Personen bestehende Familie wöchentlich für 1,10 M. Salz verbraucht. Man ersieht daraus, daß der widerwärtige Kolobol von der Wirtschaft nicht das geringste versteht; es wurde natürlich nur für 0,10 M. Salz verbraucht.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Jungbierkutscher. Der Tarifentwurf, den die paritätische Kommission am Sonnabend vereinbarte, hat folgenden Wortlaut: „Vom 8. bis 28. Februar erhalten die Kutscher eine Provision von 1 bis 1 1/2 Pf. pro Liter und Lohn nach folgendem Tarif: Verlauf bis 70 Liter 18 M., bis 100 Liter 21 M., bis 150 Liter 24 M., bis 200 Liter 27 M., bis 250 Liter 30 M., bis 300 Liter 33 M., bis 350 Liter und mehr 36 M. Kutscher, die über Land fahren, sollen, mit Rücksicht darauf, daß auf dem auswärtigen Geschäft die Kommunalsteuer ruht, bei 1 1/2 Pf. Provision die Hälfte der Biersteuer, bei 2 Pfennig Provision die ganze Biersteuer bezahlen. Vom 1. März an sollen die Kutscher 2 Pf. Provision erhalten, sobald an diesem Tage der Bierpreis auf 12 Pf. per Liter erhöht worden ist. Die Arbeitgeber übernehmen es, das Substitut in geeigneter Weise auf diese Bierpreissteigerung vorzubereiten. Die Arbeitgeber verpflichten sich ferner, im Hausverlauf und in den eigenen Niederlagen das Alter nicht unter 10 Pf. zu verkaufen und weitere Niederlagen nicht zu errichten. Bezüglich der Kautions bleibt es bei dem bisherigen Zustande, den Arbeitgebern bleibt es jedoch überlassen, wenn sie neue Fahrer einstellen, auch wenn diese bereits bei andern Brauereien als Fahrer thätig waren, mit diesem Kautionsstellung zu verhandeln. Die Kautions darf den Betrag von 200 M. nicht übersteigen. Der Betrag soll zunächst bis zum 1. Januar 1905 geschlossen werden. Seine Gültigkeit soll sich immer um zwei Jahre verlängern, wenn er nicht drei Monate vorher von einer der beiden Seiten gekündigt wird. Zur Schlichtung von Streitigkeiten, die zum Streit bezw. zur Aussperrung führen könnten, wird unter dem Vorbehalt eines Gewerkschaftsrichters eine Kommission gewählt, die aus der gleichen Anzahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht.“

Wie wir bereits mitteilten, soll am 5. Februar vor dem Einigungsamt über diesen Tarifvertrag die entscheidende Verhandlung geführt werden.

### Deutsches Reich.

Die Unternehmer Wort halten. Unter den Bedingungen, die bei Vereinbarung des Meerener Weberstreiks, die zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Fabrikanten vereinbart wurden, befindet sich auch die, daß die Fabrikanten sich verpflichten, erst dann fremde Arbeiterkräfte einzustellen, wenn alle am Streik beteiligten Personen wieder in Arbeit treten. Noch sind nicht alle Streikenden wieder in den Fabriken. Trotzdem wird aber der Versuch gemacht, Weber von auswärtig heranzuziehen. Der „Chemnitzer Volksstimme“ lag folgende Karte des Fabrikanten Herrn C. J. Vennemann an einen Weber in Aich vor:

Meerener, 20. Januar 1903.

Ihre gestrige Karte habe ich erhalten und werde Sie am 28. d. M. wie geschrieben erwarten. Bringen Sie wenn möglich noch einige tüchtige Kollegen mit. Das Jahrgeld 6,50 M. werde ich vergüten. Wenn Sie mir schreiben, wenn und mit wieviel Mann Sie kommen, so würde ich mich nach Wohnung umsehen.

Wie der Augenschein lehrt, nimmt man es in Fabrikantenkreisen nicht sehr ernst mit der Durchführung der Einigungsbedingungen. Die Belohnung dieser Thatsache wird hoffentlich den Erfolg haben, daß kein Textilarbeiter Arbeitsangebote von Meerener annimmt, bevor nicht diejenigen, welche noch vom Streik her arbeitslos sind, wieder in Arbeit treten. Aber auch vom Bürgermeister, unter dessen Leitung die Einigungsbedingungen geschlossen sind, werden die Fabrikanten hoffentlich belehrt werden, daß man eingegangene Verpflichtungen zu halten hat.

### Ausland.

#### Der Streik der Wiener Konfektionschneider.

Der Stand des Streiks ist unverändert, ebenso die Kampfbereitschaft der Ausständigen. Am Sonnabend ist in allen Streiklokalen die erste Unterführung ausgeführt worden. Die Schneidergenossenschaft (Znunft) zahlt den bedürftigen Stilknechten ebenfalls Unterführungen. Am härtesten haben unter dem Streik die Schneidergehülfen zu leiden, die bei der grimmigen Kälte ohne Heberrock und in zerlissenen Schuhen herumgehen müssen. Aus den Mitteln, die für die Unterführung der Streikenden zur Verfügung stehen, können naturgemäß Ausgaben für Bekleidung nicht bestritten werden. Das Central-Streikkomitee hofft aber, daß ihm doch die Möglichkeit geboten werden wird, das dringende Bedürfnis einer nicht unbeträchtlichen Anzahl Streikender nach Oberleidern und Schuhen zu befriedigen. Verschiedene Geschäftsleute leisten Spenden von Lebensmitteln an Streikende. Einige Bäckermeister haben Brot gesteuert.

Gastwirte gaben eine Anzahl Portionen Mittagessen sowie Bier und Wein, und mehrere Barbier rasierten Streikende unentgeltlich. — Die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks sind im Gange, ein Resultat ist jedoch noch nicht erzielt worden. — In Stodera und Umgegend haben die Konfektionschneider — Meister und Gehülfen — gleichfalls die Arbeit niedergelegt.

## Verfammlungen.

Der Verband der Portefeulle. Die Zahlstelle Berlin hielt am Mittwoch ihre erste diesjährige Generalversammlung ab. Genuß erstattete den Tätigkeitsbericht. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresabschluss 668. Die Abrechnung vom 4. Quartal weist eine Einnahme für die Lokalkasse (nach Ablieferung der 80 Proz. an die Centralkasse) von 243,63 M., eine Ausgabe von 163,14 M. auf, so daß ein Ueberschuß von 79,49 M. vorhanden ist. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Arno Schulz, 2. Hauptmann. 1. Kassierer Gaudes, 2. Baum, 1. Schriftführer Kruttschke, 2. Wolf, Beisitzer Seeger, Hütter und Stredde, Rechtschutzkommission Hennig, Hauptmann, Krug, Pech und Konjerski, Revisoren Görlach, Schäfer. Die Agitationskommission hatte eine Einnahme von 130,95 M., eine Ausgabe von 12,51 M., so daß ein Bestand von 111,45 M. vorhanden ist. Hingewählt wurde Krüger. Die Arbeitsnachweis-Kommission berichtete: Im letzten Quartal waren 30 Stellen zu besetzen, jedoch konnten nur 24 besetzt werden.

Centralverband der Maser (Zahlstelle Berlin). Am Montag, den 19. d. M., fand im Gewerkschaftshause eine Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Starke gab einen kurzen Uebersicht über das verfloßene Geschäftsjahr. Bei erfolgter Vorstandswahl wurden C. Jahn als erster, C. Koch als zweiter Vorsitzender, G. Thilo als Kassierer, A. Pulvermacher als Schriftführer gewählt. Der Schriftführer übernahm die Zeitungsspedition und sind Beschlüssen über unregelmäßige Zustellung schriftlich an ihn, Reichsrichter, 31 III. zu richten.

Gravure und Eisenre. In der Generalversammlung am 20. d. M. nahmen die Mitglieder nach Annahme mehrerer Anträge den Jahresbericht des Vorsitzenden und Kassierers entgegen. Aus demselben ist zu ersehen, daß die Zentrale 7714,95 M. Einnahmen und 6079,41 M. Ausgaben, also einen Bestand von 735,54 M. hat, während die Orts-Zentralstelle ein Vermögen von 591 M. aufweist; außerdem gingen für Agitation durch Verkauf von Waimarken 198,00 M. ein. Die Zentrale hatte am Schluß des Jahres 524 Mitglieder, und sind 21 639 Stück Beitragsmarken verkauft worden. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Nun gab der Obmann der Agitationskommission und die Bibliothekare ihren Bericht und wurden ebenfalls entlastet; hierauf schritt man zur Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Chauvinisten gegen Jaurès' Friedensrede.

Paris, 26. Januar. (B. L. V.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer begründete Gauthier de Clagny seinen Antrag, in Paris ein Denkmal zu Ehren der für die Nationalverteidigung im Jahre 1870 Gefallenen zu errichten, damit, daß es notwendig sei, gegen die internationalistischen Erklärungen gewisser Persönlichkeiten Einspruch zu erheben. (Weiß! recht! Varm links.) Der Socialist Gerault-Richard rüft ironisch: „Das Vaterland ist wieder einmal gerettet.“ (Weiterkeit auf der äußersten Linken.)

### Seeresreform in Frankreich.

Paris, 26. Januar. (B. L. V.) Der Bericht Roujans über das Budget des Kriegsministeriums wird morgen im Parlament verlesen werden. In demselben befindet sich der Bericht über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit einem Monat Urlaub in jedem Jahre, so daß der Dienst im ganzen 23 Monate dauern würde. Dies würde gestatten, auch die nur halb tauglichen Leute einzuberufen, die alsdann die übrigen von dem Arbeitsdienst entlassen würden und diesen die Möglichkeit geben würde, sich ausschließlich dem Dienste mit der Waffe zu widmen. Auf diese Weise würde man in Friedenszeiten 600 000 Mann unter den Waffen haben, die sich auf 20 Armee-corps verteilen, so daß jedes einzelne Regiment 4000 Mann stark sein würde. Im Falle eines Krieges würde die französische Armee sofort bei dem ersten Anprall dank der zur Verfügung stehenden Reservisten über eine Million verfügen. Der Bericht spricht sich für eine entsprechende Vermehrung der Geschütze aus, sowie für eine durchgreifende Reform der Kavallerie, aus welcher berittene Infanterie gebildet werden solle, und zwar solche auf Pferden oder solche auf Zweirädern.

### Das französische Kultusbudget.

Paris, 26. Januar. (B. L. V.) Deputiertenkammer. Bei der Beratung des Kultusbudgets beantragte Allard Kündigung des Konfords und Streichung des Kultusbudgets, Ministerpräsident Combes erklärt, die Frage der Kündigung des Konfords und der Streichung der Kultusbudgets könne nicht gelegentlich der Staatsberatung erörtert werden. Die Kammer würde, wenn sie die Trennung des Staates von der Kirche beschließen sollte, die Republik in große Verlegenheit bringen. Die Regierung sei der Ansicht, daß das Konfordat beibehalten werden müsse, weil sie die religiöse Idee heute noch für nötig halte. (Lebhafter Widerspruch auf der äußersten Linken.) Jedenfalls würde die Trennung des Staates von der Kirche ernste Schwierigkeiten im Gefolge haben, so daß eine solche Trennung für jetzt nicht ausführbar sei. Lepelletier spricht sich für die Trennung des Staates von der Kirche aus. Sembat wendet sich gegen die Ausführungen des Ministerpräsidenten und will die Notwendigkeit der religiösen Idee nicht anerkennen. Ministerpräsident Combes erinnert daran, daß er auch schon im Senate die Macht der religiösen Idee betont habe; die Mehrheit habe also seine Ansichten geteilt, und wenn sie glaube, sich getäuscht zu haben, brauche sie es nur zu sagen. Sembat erklärt, das sei eine Sprache, wie nicht ein Ministerpräsident, sondern ein Priester sie führe. Verleugert erklärt, er werde für Streichung des Kultusbudgets stimmen.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Kultusbudgets wird ein Antrag Verhoulst, welcher die Regierung auffordert, das französische Volk in einem Referendum über die Trennung von Kirche und Staat entscheiden zu lassen, an die Kommission verwiesen. Ein Antrag Breton, welcher dahin geht, sämtliche Kapitel des Kultusbudgets zu streichen, wird mit 328 gegen 201 Stimmen verworfen. Sodann werden sämtliche Kapitel des Kultusbudgets angenommen.

Der Präsident teilt mit, daß Interpellationen eingelaufen seien über die Politik der Regierung betreffend Marokko, die Vorgänge in Macedonien und die Truisis. Daraus wird die Sitzung geschlossen.

Amsterdam, 26. Januar. (B. L. V.) Durch eine furchtbare Feuersbrunst wurden gestern im hiesigen Hafen sechs große Getreidespeicher zerstört. Das Feuer wütete sechs Stunden; der angerichtete Materialschaden wird auf über 2 Millionen Gulden geschätzt.

Neapel, 26. Januar. (B. L. V.) Der Stromboli wirft wieder Steine und Asche aus. Die Bewohner der Insel flüchten.

New York, 26. Januar. (B. L. V.) Aus Charleston (Süd-Carolina) wird berichtet, daß dort und im Staate Georgia ein heftiges Erdbeben verspürt worden ist. Der angerichtete Schaden ist bedeutend; ob Menschen dabei ums Leben gekommen sind, ist noch nicht festgestellt. Seit 1885 war in Charleston kein Erdbeben beobachtet worden.

### Die Pest.

Durban, 26. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Infolge der Ausbreitung der Bubonepest verlassen die eingeborenen Diensthofen und Arbeiter zu Tausenden die Stadt. Es geht das Gerücht, die Zukunfts-Furten sollen geschlossen werden.

Lokales.

Rückkehr aus dem Strafgefängnis.

Um eine größere Ansammlung zu verhindern, hatten wir absichtlich nicht bekannt gegeben, daß unser Kollege Robert Schmidt am Sonntag aus Plöhensee entlassen werde. ...

Am Sonntag sagt der Vater uns, Da wird's viel Freude geben, Da tritt der Onkel Robert Schmidt Zurück ins alte Leben.

Da geh'n wir ins Gewerkschaftshaus Und woll'n uns riesig freuen, Da grüßen die Genossen Dich, Die Freunde, die getreuen.

Vorüber ist das halbe Jahr, Verflissen Trübals Wogen — Wir steh'n hier mit dem Blumenstrauß Und sind fein angezogen —

Da kommst Du, Onkel Robert, seh'n, Wie gut wir's mit Dir meinen, Daß Vater, Mutter und wie Drei So schön gepußt erscheinen.

Wie diesen Plume hier erblüht Auf sonnig schönen Auen — So sollst fortan im Leben Du Nur Lust und Freude schauen.

Sei stets vergnügt, und nimmer soll Dich irgend was verdrießen — Willkommen, lieber Onkel Schmidt, Laß frohlich Dich begrüßen!

Der große Parteibann soll uns treffen, wenn wir den Namen des Dichters der Densitätlichkeit preisgeben, und daher müssen wir sowohl in diesem Fall wie auch im Hinblick auf die folgenden Verse, die schon in die Fibelität fallen, zu unserm großen Schmerze das Redaktionsgeheimnis wahren:

Kumfutsch, Erbsen, Bohnen, Erbsen, Sind dem Korpus riesig nahe, :: Sonntag gab es ganz speciell Eine ganze Suppenell! Schönen blauen Heinrich. ::

Dadurch ward er nicht gebessert, Auch sein Not nicht Blak vertoßert, :: Weiter blieb er so rabiat, Müßen ihn nun in der That In den Reichstag wählen! ::

Wir trösten uns damit, daß die fortschreitenden Freunde wahrer Dichtung auch ohne unser Zutun den Namen eines Poeten erraten werden, dessen Ruhm allen Vorbeugungsmaßnahmen zum Trotz schon beträchtlich über den Rahmen des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises hinausgedrungen ist.

Unsere Parteigenossen werden die Humenprozesse, in denen drei „Vorwärts“-Redakteure insgesamt 17 Monate Gefängnis erhielten, in unauslöschlicher Erinnerung sein. Das Verfahren, durch welches eine solche Verurteilung erzielt worden ist, gehört zu den charakteristischsten Merkmalen der in politischen Prozessen üblichen Gerechtigkeit und wird wie alle ähnlichen Maßnahmen unserer Gegner uns eine reiche Ernte eintragen.

Welchen Effekt hat diese Verurteilung nur gehabt? Wie unser Kollege Schmidt, so werden auch die andern beiden Redakteure beträchtlich an ihrer Gesundheit geschädigt aus dem Gefängnis heimkehren. Entbehrungen unglücklichster Art müssen sich politische Gesungenen ja immer noch hinter preußischen Kerkermauern gefallen lassen, wo die selbstverständlichen Dinge von der Welt, wie Selbstbelustigung, eignes Bettzeug usw. ihnen allen verschwiegen zum Trotz hartnäckig vorenthalten werden.

Zum Apotheken-Boylott. Ein Herr Dr. Fränkel bemüht ein Scharfmacherblatt, die „Arbeiter-Zeitung“, um die Socialdemokratie wie für Erdbeben und Kartoffelkrankheit auch für den Apotheken-Boylott verantwortlich zu machen.

Zeitungs-meldungen ist eine Korbelle zum Krankenversicherungs-Gesetz dem Bundesrat zugegangen. Es ist dringend erforderlich, daß das Interesse der Ärzte und Apotheker mehr als bisher in diesem Gesetze berücksichtigt wird.

Die Interessen der Ärzte sind wohl nur der Scham halber mit denen der Apotheker verknüpft worden, die in dem Artikel auch leider nicht mit gehöriger Konsequenz zur Geltung kommen.

Bürgermeister Reide, der das Decernat des zweiten Bürgermeisters übernommen hat, besuchte gestern die städtischen Büreaus, wo er sich die Beamten vorstellen ließ und die Einrichtungen im Augenschein nahm.

Karnevalsspinning im Bädergewerbe. Eine Verleumdungsklage gegen den Gewerbegerichts-Direktor Dr. v. Schulz beschloß die Berliner Bäderinnung „Concordia“ in ihrer gestrigen Quartalsversammlung anzustrengen.

Den Anträge vom 7. d. M. auf leihweise Ueberlassung unseres Materials betreffend Unsauberkeiten in den Berliner Bädereien folge zu geben, müssen wir ablehnen.

Auch die Germania-Innung will ihren Vorstand beauftragen, gegen Dr. v. Schulz die Verleumdungsklage einzureichen. Falls es sich um mehr als einen mißglückten Karnevalsscherz bei den Bädermeistern handelt und es wirklich zu einem Verleumdungsprozeß kommen sollte, werden die organisierten Bäder gesellen Herrn v. Schulz mit überreichem „Entlastungsmaterial“ zur Seite stehen können.

Die Betriebs-Krankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn ist kürzlich Gegenstand einer Besichtigung bei der Gewerbe-Deputation geworden.

Das Macadam-Pflaster, mit welchem die städtische Baudeputation einen größeren Versuch am Halleschen Ufer zwischen Königgräber- und Grobdeerenstraße machte, hat sich nicht bewährt und ist, nachdem es fast alljährlich repariert worden war, stellenweise so schadhast geworden, daß es in diesem Sommer durch Asphalt- und Holz-Pflaster ersetzt werden soll.

Isidor Rommsen hat, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, vor kurzem ein Unfall erlitten, der sehr gefährlich hätte werden können.

Viele Landbesitzer und andre Uebelthäter machten seit geraumer Zeit der Kriminalpolizei zu schaffen. Die Beamten suchten lange vergeblich nach erwachsenen Spitzbuben, bis sie durch eine Festnahme dahinter kamen, daß sie es mit einer wohlorganisierten jugendlichen Bande zu thun hatten.

Das Schiller-Theater wird nun auch in seinem zweiten Heim, im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater) eine Reihe von Volkschiller-Vorstellungen veranstalten.

Die Arbeiter-Bildungsschule feierte am Sonntagabend ihr fünfziges Stiftungsfest im Gewerkschaftshause.

daß die Flagge das Erkennungszeichen für die Mitglieder der Diebesbande war, die alle jene Uebelthäter ausführte. Das Zeichen gab den Anhalt für die weiteren Feststellungen. Die Bande zählte 23 Köpfe, durchweg Kinder achtbarer Eltern, die von ihrem Treiben keine Ahnung hatten.

Durch Kohlen-gase erstickt. Die beiden Bierpaffer Bernhard Kestner und Gustav Bartel, welche im Ausschank der Brauerei Königstadt beschäftigt waren, sind am Sonnabendnachmittag infolge von Kohlendunst-Vergiftung ums Leben gekommen.

Die Leichen wurden auf Anordnung der Revierpolizei nach dem Schauhause geschafft.

Auf unbefugte Schlittschuhläufer wurde am Sonntag von den Gendarmen der Kreise Teltow und Nieder-Barnim gefahndet. Eine Anzahl wurde zur Bestrafung festgesetzt.

Darlehensschwindelien. Gewarnt wird vor einem Darlehensschwindler, der Nag Abeles heißt, etwa 32 Jahre alt ist, nach Mitteilung ungarischer Behörden zu Budapest wohnt und gänzlich mittellos und jedes Vertrauens unwürdig ist.

Brandstiftung in der Breite Straße. Kurz hintereinander brachen Sonntagabend in der Breite Straße zwei Brände aus, die aber noch im Entstehen unterdrückt werden konnten.

Feuerbericht. Im Laufe des Sonntags hatte die Wehr über ein Dutzend Brände abzuschließen. Nachmittags 6 Uhr gingen in der Waldemarstr. 28 Gardinen und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf.

Das Schiller-Theater wird nun auch in seinem zweiten Heim, im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater) eine Reihe von Volkschiller-Vorstellungen veranstalten.

Die Arbeiter-Bildungsschule feierte am Sonntagabend ihr fünfziges Stiftungsfest im Gewerkschaftshause. Dem Festtage zu Ehren war ein Konzert veranstaltet worden, dessen künstlerischer Wert nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Lieblichkeit als den Begründer der Schule hin, dessen überlebensgroßes Bild den Saal schmückte. In unfers großen roten Sinne sei der Kampf nicht um seiner selbst willen zu führen, sondern als Mittel zu dem hohen Ziel der Vervollkommenheit der Menschheit. Und in diesem Streben komme das Werk der Arbeiter-Bildungsschule auch in Betracht; in ihrem Unterricht falle eine Saat auf fruchtbaren Boden, die noch späteren Geschlechtern zum Segen gereiche. Die Mitarbeit an den Idealen der Menschheit, das Wirken nach dem von Goethe der Menschheit hinterlassenen Vermächtnis, auf freiem Grund mit freiem Willen zu stehen: das sei die Aufgabe, deren sich auch hinfort die Arbeiter-Bildungsschule würdig zeigen werde.

Einem Arbeiterfest fehlt offenbar etwas, wenn nicht die Polizeien für ein bißchen in dem Programm herumbietet. Samstagabend wurde aus unerfindlichem Grunde die Recitation einiger Verse aus der Satire „Willis Werdegang“ unterjagt.

### Aus den Nachbarorten.

**Wilmersdorf.** Die Wählerliste liegt am Mittwochabend von 6-8 Uhr zur Einsicht aus.

**Nummernberg.** Die Mitglieder des Wahlvereins werden nochmals auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Hahn, Hauptstr. 4, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht. Neue Mitglieder werden vor Beginn der Versammlung aufgenommen.

**Aus Schöneberg.** Die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts, die schon seit Jahren auf der Tagesordnung steht, wird jetzt wieder in weite Ferne gerückt. Bekanntlich ist für solche Forderungen kein Geld vorhanden. In Uebereinstimmung des Magistrats mit der Schuldeputation ist seiner Zeit der Beschluß gefaßt worden, die obligatorische Fortbildungsschule zum 1. Oktober d. J. einzuführen, wenn der Staat sich zur Tragung der halben Kosten auf längere Jahre verpflichte und Charlottenburg zu diesem Termin die gleiche Einrichtung treffen. Als es sich im vorigen Jahre um Forderungen für Errichtung höherer Lehranstalten, die in die Hunderttausende gingen und die auch unsere Zustimmung fanden, handelte, da mußte man dieselben stets mit dem finanziellen Stande der Kommune in Einklang zu bringen. Auf die an den Minister in dieser Sache gerichtete Bitte um Gewährung eines erhöhten Staatszuschusses ist nun ein ablehnender Bescheid eingegangen und der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um folgenden Beschluß: „Von der Einführung des obligatorischen Fortbildungsschul-Unterrichts ist so lange abzusehen, bis der Staat die Hälfte der entstehenden Kosten auf 10 Jahre in Aussicht stellt und Charlottenburg dieses Obligatorium ebenfalls einführt.“ — Auf diese Weise werden Forderungen und Einrichtungen stets unberücksichtigt gelassen, die einem großen Teile der Steuerzahler stets nur zum Segen gereichen würden.

**Neu-Weißensee.** Infolge der wiederholten Aufforderung im „Vorwärts“, die Gemeindefürsorge einzusehen, wollten auch hier schließlich die Genossen dieser Pflicht nachkommen. Jedoch hat man die Enttäuschung erleben müssen, daß in diesem Jahre die Gemeindefürsorge nicht ausliegen. Warum? Weil nach der über Leben und Tod stehenden Verfügung des Gemeindevorstandes in diesem Jahre keine Ersatz- und Ergänzungswahlen zur Gemeindefürsorge stattfinden sollen. Der § 30 der Landgemeinde-Ordnung besagt nun ganz deutlich, daß eine Liste der Gemeindeglieder und der sonstigen Stimmberechtigten alljährlich im Monat Januar berichtigt werden muß, und nach § 66 soll diese Liste in der Zeit vom 15. bis 30. Januar in einem vorher zur öffentlichen Kenntnis zu bringenden Raum ausliegen. Unsere Genossen werden sich bei der Landratswahl wenden und beantragen, daß die Liste unverzüglich berichtigt und ausgelegt werde; zugleich sind unsere Vertreter beauftragt, in öffentlicher Sitzung über diese Angelegenheit Ausschluß zu verlangen. Die Nichtbeachtung der Landgemeinde-Ordnung seitens des Gemeindevorstandes hat es bereits vor 5 Jahren zuzugebracht, daß unsere Genossen auf einen Sitz verzichten mußten, und vor 3 Jahren wäre daselbe geschehen, wenn nicht auf Einspruch unserer Vertreter die Landgemeinde-Ordnung etwas näher unter die Lupe gebracht wäre. Dem man hatte ganz und gar vergessen, auch die Schöffen zu bitten, so daß auf die dritte Klasse ein Unangesehener mehr entfiel und man den bereits gefaßten Beschluß auf Ungültigkeitserklärung der Wahl aufheben mußte. Zu erwarten ist, daß die vorgesezte Behörde schon nach dem Lesen dieses Berichtes Erläuterungen einzieht und für dessen Berichtigung Sorge trägt.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung wird sich am Mittwoch mit der Frage der Erhöhung der Schulgelder für Vorschüler und der Organisation der Vorschulen zu befassen haben. Gelegentlich der vorjährigen Etatsberatung hatte die Versammlung eine gemischte Deputation eingesetzt, um zu prüfen, ob und wie weit eine Erhöhung der Schulgelder für die Vorschulen sowie der Schulgelder für Kinder der Nachbarorte eintreten, und ferner, ob eine anderweitige Organisation der Vorschulen als selbständiger, mit den höheren Schulen nicht unmittelbar zusammenhängender Einrichtungen in die Wege geleitet werden soll. Der Beschluß der gemischten Deputation über die letztere Frage lautet: Die Auflösung der bestehenden Vorschulen wird für den Zeitpunkt ins Auge gefaßt, wo die unteren Klassen der Gemeindefürsorge so weit gehoben sind, um die Vorschulen zu ersetzen. Der Magistrat wird ersucht, die Hebung der Gemeindefürsorge nach der angegebenen Richtung sobald als thunlich in Angriff zu nehmen. Bei Errichtung neuer höherer Lehranstalten soll unter dieser Voraussetzung von der Errichtung von Vorschulen Abstand genommen werden. Gleichseitig wurde als Anfang für die nach Durchführung der geplanten Gemeindefürsorge-Reform zu beginnende Auflösung der vorhandenen Vorschulen der 1. April 1903 in Aussicht genommen. Diefem Vorschlage ist der Magistrat nur teilweise beigetreten; er erkennt zwar das Bestreben an, die Gemeindefürsorge nach Möglichkeit zu heben, hält dagegen erst dann den Zeitpunkt für gekommen, der Frage wegen Aufhebung der Vorschulen näher zu treten, wenn Erfahrungen darüber vorliegen, daß die gehobenen Gemeindefürsorge geeignet sind, die Vorschulen nach allen Richtungen zu ersetzen. Er beantragt daher: a) Von einer Organisation der Vorschulen als selbständige mit den höheren Schulen nicht unmittelbar zusammenhängende Einrichtungen wird Abstand genommen. b) Die Frage wegen Aufhebung der Vorschulen wird so lange vertagt, bis Erfahrungen darüber vorliegen, daß die durch zweckdienliche Maßnahmen nach Möglichkeit zu hebbenden Gemeindefürsorge geeignet sind, die Vorschulen nach allen Richtungen hin zu ersetzen. Im übrigen sollen vom 1. April d. J. ab für die Schulgelderhebung folgende Bestimmungen gelten: a) Das jährlich zu zahlende Schulgeld wird für die einheimischen Vorschüler sämtlicher höherer Lehranstalten einheitlich auf 120 M. festgesetzt. b) Für auswärtige Schüler der höheren Lehranstalten und der Vorschulen, sowie für die auswärtigen Schülerinnen der höheren Mädchenschulen und der Bürger-Mädchenschule ist ein einheitlicher Aufschlag von 40 M. zu dem von einheimischen Schülern und Schülerinnen jährlich zu entrichtenden Schulgelde zu erheben.

**Dichter-Abend im Charlottenburger Volkshaus.** Am 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltet die Direktion des Schiller-Theaters einen Heine-Abend. Eintrittskarten (40 Pf. einschließlich Programm und Garderobe) sind bereits von heute ab zu haben beim Kononon des Volkshauses sowie in den Cigarrenhandlungen von August Sellin, Wilmersdorferstr. 115/116, und Franz Schmidt, Wilmersdorferstr. 130.

Son einem Schlächterwagen überfahren wurde gestern abend gegen 6 Uhr der sieben Jahre alte Knabe des Rankstr. 33 wohnhaften

Portiers Mitter. Mit einem doppelten Beinbruch und schweren inneren Verletzungen wurde der bedauernswerte Knabe nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht.

## Gerichts-Zeitung.

Ein ungewöhnlicher Akt brüderlicher Anspöcherung hat dem Bode-meister Hermann Schellermann, der gestern vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I stand, eine Anklage wegen Gefangenens-Befreiung und intellektueller Urkundenfälschung zugezogen. Ein Bruder des Angeklagten, Gustav Sch., war am 18. Dezember 1901 in Eberswalde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 25. Oktober 1902 wurde er auf Grund eines Steckbriefes in Nahlsdorf aufgegriffen und nach Berlin gebracht. Hier gab er sich auf der Polizei für seinen Bruder Hermann aus. Es dauerte auch gar nicht lange, da er sich der Anklage und erklärte, daß er von der irrthümlich erfolgten Festnahme seines Bruders gehört habe und sich nun selbst stellen wolle, da nicht dieser, sondern er selbst der gesuchte Gustav Sch. sei. Man setzte in diese Angaben keinen Zweifel. Gustav Schellermann wurde entlassen und der Angeklagte bezog für ihn die ungenügenden Räume des Gefängnisses zur Verbüßung der dreimonatigen Strafe. Als er beinahe vier Wochen abgesehen hatte, wurde es seiner Ehefrau doch zu viel. Bei einem Besuche, den sie ihm im Gefängnis abstatte, drang sie in ihn, der Komödie doch ein Ende zu machen und seinen Ekel nicht zu weit zu treiben. Dies half denn auch. Der Angeklagte schenkte der Direktion reinen Wein ein und wurde darauf wieder in Freiheit gesetzt. Die jetzige Anklage bildete das kleine Nachspiel zu diesem Abenteuer. Der Angeklagte gab als Motiv für seine Anspöcherung an, daß sein Bruder Vater von sechs Kindern sei, die während der Haft ihres Ernährers hätten darben müssen, während seine nur aus Frau und einem Kinde bestehende Familie ganz gut von dem Bruder hätte durchgebracht werden können. Der Gerichtshof erkannte an, daß den Angeklagten keine unehren Motive geleitet haben und verurteilte ihn aus diesem Grunde nur zu einer Woche Gefängnis.

Die nichtorganisierten Terroristen. Wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung hatten sich dieser Tage die Puhler Paul und Karl Maliski und Rathloff vor dem Schöffengericht zu verantworten. Bei dem Gastwirt Sievert in der Salzherrstraße verkehrten hauptsächlich Puhler. Diesen wurde mitgeteilt, daß auf einem näher bezeichneten Bau unorganisierte Berufsge nossen unter dem Tarnnamen der Angeklagten, die zu dieser Kolonne gehörten, wurde die Nachrede hinterbracht und das war für sie ein Signal, in dem genannten Lokal einmal „ordenlich aufzuräumen“. Bei diesem Werke ist der Wirt des Lokals übel zugerichtet worden; er trug eine schwere Körperverletzung davon und ferner wurden in seinen Räumen arge Verheerungen angerichtet. Am bösarigsten hat Paul Maliski sich bei den Ausschreitungen benommen. In der Verhandlung haben die Angeklagten zu ihrer Entschuldigung an, daß sie nicht organisiert und deshalb dem Haß ihrer organisierten Kollegen ausgeheftet seien. Das Urteil fiel denn auch außerordentlich milde aus: Paul Maliski erhielt 30 Mark und Karl Maliski 10 Mark Geldstrafe zubiittet; Rathloff wurde freigesprochen. Wie hätte wohl das Urteil gelautet, wenn die Organisierten auf der Anklagebank gesessen hätten?

Der Herr Oberamtsrichter. In Nr. 252 des „Vorwärts“ berichteten wir von der Verurteilung des Redakteurs der „Bamberger Neuesten Nachrichten“, Schmidt, zu 150 M. Geldstrafe, weil er dem Oberamtsrichter Reichel in Hofstels vorgezogen hatte, daß er sein Dienstmädchen, das im Hause der Dienstherrschaft von einer Geburt übersehen wurde, menschenunwürdig behandelt habe, indem er bei der Niederkunft Wasser verweigerte und die Wöchnerin schon am zweiten Tage auf einem Miststreu aus dem Hause schaffen ließ. Die Strafkammer Bamberg als Berufungsinstanz hob nun dieses Urteil auf, sprach den Beklagten vollständig frei und überbürdete dem Amtsrichter sämtliche Kosten. Mit der Oberamtsrichter-Herrschaft ist es damit vorbei.

Die Durchstreicher von Besuchern des Zoologischen Gartens mit Aktionär- und Abkommenskarten haben bekanntlich vor einiger Zeit in mehreren Fällen zu einer strafrechtlichen Anzeige Anlaß gegeben. Einer dieser Fälle, in welchem es sich um eine gemeinsame Denunziation einer Karte durch eine Frau M. mit ihrer Tochter handelt, ist vor kurzem abgeurteilt worden. Der Staatsanwalt beantragte für die Mutter 500 M., für die Tochter 100 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof ließ mildernde Umstände walten und fixierte die Straffäge für die beiden Angeklagten auf 50 bezw. 10 M.

Der Vese- und Distriktsklub Südost tagt am Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Tolkendor, Gärtnichstr. 58. Tagesordnung: Auszüge aus dem parlamentarischen Geschiehte Deutschlands. Referent: Genosse Schulz-Teget.

Central-Kranen- und Vergräbniskasse für Frauen und Mädchen Deutschlands (C. V. M.) Offenbach a. M. Verwaltungsstelle Berlin I. Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, Hauptversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3.

Centralverein der Bildhauer (Verwaltungsstelle Berlin) im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I, abends 8 Uhr, Generalversammlung.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 17. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Banaparitätliche Künste. — Pour la roi de Prusse. Eine Entgegnung von Franz Wehring. — Die baltische Landwirthe und die Getreidezölle. Von Emil Eichhorn. — Industriewander. Von Gustav Hoch. — Honau. II. — Wohin treiben wir? Von Oda Döberig (Genua). — Das Reichsdenkmal. Von Henriette Kirsch. — Aelterliche Mündigkeit: A. v. Beitzheim. Der Neo-Lamarckismus und seine Beziehungen zum Darwinismus. Von Kurt Grottelow.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist soeben die Nr. 3 des 13. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Frauenarbeit und Kritik. Von Elie Feld. — Ein Fortschrittler. — Die Hausfrau als Finanzminister. Klauerer von Bruns. II. — Aus der Bewegung. — Heulleton: Der Garten. Von Albert Gumbmann. Antiquarische Uebersetzung von Wilhelm Thal. — Johanne Schadow's. — Kollagen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Das Ende des Meccaner Weberausstandes. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1903 unter Nr. 3159) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf., unter Kreuzband 65 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 3. Nummer seines 20. Jahrganges erscheinen lassen. Wir heben aus dem Inhalt derselben besonders die beiden farbigen Bilder hervor: „Trans- und Eisenbahnen“, auf dem die unaufrichtigen Zwischgänger der österreichischen Wälder dargestellt sind, und „Aus Sachsen“, auf welchem sächsische Bahnarbeiter Betrachtungen über die Heiligkeit der Ehe darstellen. Das Bild „Konkurrenzweid“ würdigt die historische Rolle der Kammerdiener in sächsischen Oberländern, das Bild „Dresdener Kaffeekaffee“ behandelt gleichfalls das Dresdener höfliche Ereignis, und auf einem weiteren Bilde giebt „Erensinismus“ seine Meinung zur Chronik an. In der Nummer beginnt ferner die Veröffentlichung einer Vortrags-Galerie: „Die Wälder des Drolwuchers“, von denen zuerst Kardorff und Spahn in charakteristischer Weise dargestellt sind. Außerdem wird das Bild des „Braunhölzler Wälders G. Wolters“, Köhler am Broden“, wiedergegeben. In weiteren Illustrationen werden eine Anzahl sozialer und politischer Probleme satirisch behandelt. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Nationalallverale“, „Der Blamierter“, „In allen Jonen“, „Eine traurige Geschichte“, „Wir sind eine glückliche Nation“, „Der Köhler im Harze“, sowie ein größeres Heulleton „Der Fabrikinspektor, wie er sein muß“, das noch auf der Feder W. A. Regels' entflammt, die Humoreske „Die wird man Willonier“ von Karl Däker und zahlreiche kleinere satirische Beiträge in Poesie und Prosa. Der Preis der groß Selten Karten Nummer ist 10 Pfennig.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

N. 46. Wenden Sie sich an den hiesigen Vorstand der Offenbacher Central-Kranen-Kasse für Frauen, Herrn B. Ding, Berlin S., Grünzstr. 66. S., Luckenwalde. Wir vermissen Ihre genaue Adresse und bitten Sie, uns diese mitzutheilen.

N. 47. Spezialärzte für Herzleiden giebt es unfers Wissens nicht. Wenden Sie sich eventuell an die Medizinische Universitätsklinik, Unterbaumstraße 7. Sprechstunden sind Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 12-1 1/2 Uhr.

N. 48. 1. Ringbahnstraße. 2. Das Grundwort bedeutet Schleife, in Ihrem Zusammenhang Ausführung der Schleife, beziehungsweise Rundfahrt. 3. Klein.

N. 49. 65. Volksbibliotheken sind im Norden: Ruppinerstraße 48, Parkstr. 26, Uhornstr. 74, Nauenstr. 21. In dieser Bibliothek befindet sich auch eine Lesehalle. — Bei der städtischen Blindenanstalt, Alie Jakobstr. 112, befinden sich verschiedene Stiftungen für Blinde; wenden Sie sich hierzu an den Vorsteher Blindenverein, Direktor Diano Renke, Curvstr. 33 (3 bis 4 Uhr), an den Verein zur Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Blinden, Parkstr. 42, II, an das Kuratorium der Rentier Gustav Adolf Talski Vorsteher für Blinde im Rathhaus und an die Ländliche Stiftung, Städtische Stiftungsdeputation, Poststr. 16 (zahl monatliche Unterstufungen von 12-15 M.).

Note Maria. Die pöhrliche Miße.

N. 50. 34. Zur Verantwortung ungeliegt. — N. 51. 2. Dem Wirt ist der Zutritt ebenfalls zu gestatten. — N. 52. 8. Geburtsurkunden, Aufenhaltsbescheinigungen, die minderjährige Frau auch die Einwilligung ihres gesetzlichen Vertreters. — N. 53. Die vereinbarte Kündigung ist ungeliegt, es gilt deshalb die gesetzliche Kündigung von sechs Wochen vor Quartalschluß. Mit Ablauf der Kündigungsfrist ist das Arbeitsverhältnis selbstständig gelöst. — N. 54. 1. Die Staatsanwaltschaft muß antworten. 2. Nein. 3. Ja. — N. 55. 1. Hat die Sprechstunde sich nur auf Angelegenheiten Ihrer Knappheit erstreckt, dann nein; sonst ja. 2. Ja. 3. Können hier nicht abgedruckt werden. 4. Das Kind muß die Schule weiter besuchen. — N. 56. 3. Leider nicht.

N. 57. 19. 1. Er kann dem Kind seinen Namen nicht geben. 2. Das Kind hat kein Erbrecht. — N. 58. 1. Wenden Sie sich an die Erbschaftskommission. 2. Nein. — N. 59. 100. Ihre Frage ist unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — N. 60. 48. Die Beschwerde des Gutsbesizers ist zulässig, aber anscheinend unbegründet. Wenden Sie sich unbedingt an einen Rechtsanwalt. — N. 61. 906. Die Herrschaft beginn. Kasse heftet nur bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses, sofern die Herrschaft das Dienstverhältnis also bei Beginn der Krankheit kündigt, nur für die Dauer der gesetzlichen oder vertraglichen Kündigungsfrist.

N. 62. 18. Vergleichen Sie die Entscheidungen des Reichsgerichts Band 13 Seite 357 und Band 30 Seite 42. Die vorjährige Entscheidung ist meiner Meinung amlich überhaupt nicht publiziert. Der von Ihnen bezeichnete Rechtsgrundlaß entspricht der überwiegenden Rechtsprechung. Doch hat erst vor einigen Tagen das Landgericht I Berlin wieder entgegengejetzt entschieden.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 27. Januar 1903. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch unbedeutend mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Achtung! Parkettbodenleger. Dienstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal V.

Außerordentliche Versammlung sämtlicher Parkettbodenleger. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der Obmann.

## Modell- und Fabrik-Tischler

sowie Modell-Drechsler Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 9.

Branchen-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission vom verflochtenen Jahre. 2. Neuwahl des Obmannes und der Berichts-Kontrollkommission. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 77/18

## Centralverband der Maurer.

Zahlstelle Charlottenburg. Dienstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses, Köpenickerstr. 3.

## Außerordentliche Mitgliederversammlung

Tages-Ordnung: 1. Anträge zum Verbandstag. 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 3. Bericht und Resumee der Delegierten in der Gewerkschaftskommission. 4. Verschiedenes. Die Werte Kollegen! Die außerordentlich hohe Bedeutung des ersten Punktes der Tages-Ordnung macht es jedem Kollegen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen. 136/3

## Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park (Gartensaal), Müllerstr. 178.

Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Rassenbericht. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 64/2

NB. Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Nachträge zum Statut und Fragebogen gelangen zur Ausgabe. Die Ortsverwaltung.

## Socialdemokratisch. Wahlverein Weissensee.

Heute Dienstag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Tschentschler, Langhansstraße No. 106.

## General-Versammlung.

Die Tages-Ordnung ist äußerst wichtig und das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge können jederzeit im Lokale von Weiler, Ledderstr. 5, entrichtet werden. 177/3

## Achtung! Schöneberg. Achtung!

Donnerstag, den 29. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr: Grosse öffentliche Gewerkschaftsversammlung

in Obst's Festsälen, Meiningenstr. 8. Tages-Ordnung: 1. „Der Arbeiterkampf, wie er ist und wie er sein soll.“ Referent: Reichstags-Abgeordneter v. Elm. 2. Diskussion. 3. Gründung eines Gewerkschaftsartikels für Schöneberg. Der Einberufer.



# Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee No. 11-13.

Unser **Bockbier-Ausstoss** beginnt am **Dienstag, den 27. Januar cr.**

Ebenso empfehlen wir unser **Helles und dunkles Tafelbier, Gambrinus-Bräu nach Münchener Art und Böhmisches Pilsener** in Fässern und Flaschen.

Telephon-Amt VII 3120 für Bestellungen in Fässern.  
do. VII 5088 " " " " Flaschen.  
do. VII 1670 " " " " " "

## Radeberger Exportbier-Brauerei Abteilung Pichelsdorf.

Wir beginnen mit dem Ausstoss unsres **Bockbieres** in Fässern und Flaschen

**Sonnabend, den 24. Januar a. c.**

Gefällige Bestellungen auf Lieferung desselben in Fässern erbitten nach **Alt-Moabit 60**, in Flaschen nach **Kaiserin Augusta-Allee 15/16**.

Ebenso empfehlen wir unser **Lagerbier, hell** in Fässern und Flaschen.  
**Versandbier, nach Münchener Art**  
**Märzenbier, nach Pilsener Art**

# Aktien-Brauerei „Friedrichshain“ (vormals Lipps).

Der Ausstoss unsres diesjährigen vorzüglichen

# Bock-Bieres

beginnt am

**Dienstag, den 27. d. Mts.**

Telephon Amt VII, 4917.  
Amt VII, 5343.

**Ernst Riek, Optiker,**  
Berlin C., Alexandersstrasse 57.  
Opern- und Reifstrasse



**Excellior** mit 8 Gläsern, Gombal, Scher-  
dast und Stemen 12,00 Mk., über-  
trifft anerkannt alles bisher bereit ge-  
wiesene an Klarheit, Schärfe, Reichhaltigkeit  
und Helligkeit.  
**Cherngläser**, rein achromatisch, mit Zehner-  
stark von 5,00 Mk., in Preisunter von  
7,50 an.  
**Dolometer-Barometer**  
mit dem letzten Werke von 6,00 Mk. an  
bis zu den elegantesten in jeder Branche.  
Stimmer- und Feuchtheitsmesser in  
jeder Preisklasse.  
Eigene Reparatur-Werkstatt im Hause.  
Sonntags geöffnet 8-10 u. 12-2 Uhr.

**Masken-Garderobe**  
von 2712\*  
**Carl Ernst,**  
Königsplatz 120, 1 Tr.  
Größte Auswahl!  
Billigste Preise!  
Vorzüglicher dieser Saison-er-  
hält 10%, Preisermäßigung.

### Weimar Geld-Lotterie.

Ziehung 3., 4. Febr. cr.  
Gewinne insgesamt:  
**190 000 M.**  
Hauptgewinne:  
**60 000 M.**  
**30 000 „**  
**10 000 „**  
u. s. w.  
Lose a. M. 3.—, Porto und Liste  
30 Pf. extra, oftener.  
**P. Hempel,**  
Bankgeschäft, N. Bahndamm 11.

### Echt Marly-Schrot

352L\*  
feinsten  
**Kaffee-Zusatz**  
der Neuzeit.  
1/2 Pfd. Original-Paket 15 Pf.  
**A. Pennitz,**  
Berlin C., Rosenthalerstr. 69,  
u. mit Plakat belegten Handlungen.

### Kranz- und Blumenbinderei

von **H. Rodewald,**  
Alexandrinensstrasse 1a.  
Besondere Anze mit Bindungs-  
Kranzarrangements, Bouquets etc. hübsch  
und billig. 1706b

### Albert Marquard

Berlin, Neanderstrasse 26  
Weingrosshandlung u. Likörfabrik  
empfiehlt seine gut gepflegten  
**Bordeaux-,**  
**Rhein- u. Moselweine**  
sowie  
**Medic. Ungarwein**  
unter Garantie der Reinheit.  
Ferner 264L\*  
feinst. Rum per Ltr. 1,50-5,50  
„ Arrak „ 1,50-3,50  
„ Cognac „ 1,50-6,00  
Burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch  
per Ltr. 3,00 u. 3,50,  
feinen Punsch, Grog- und  
**Glühwein-Extrakt**  
per Ltr. 1,80-2,50.

### Elegante Costümröcke

in ganz Wolle; in neuen Façons  
vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung  
in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten in  
Längen stets in grosser Auswahl vorrätig  
3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.  
in Damast u. Merveilleux . . . 25 Mk.  
Blusen in d. neuest. Fantasiestreifen 1,50 Mk., 2,50 Mk.  
Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-  
Muster, elegante Façons  
5,50 Mk., 7,50 Mk., 10 Mk.;  
**Morgenröcke, Matinées und Jupons**  
2,50 Mk., 4,50 Mk., 6 Mk.;  
Eleg. Strassen- u. Gesellschafts-Kleider 20, 25 Mk.  
Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen,  
in Wasch- u. Wollstoffen 3 Mk., 5 Mk., 9 Mk.  
Weisse eleg. Balkkleider u. Organdy-Kleider  
8 Mk., 10 Mk., 15 Mk.  
Trauerkleider v. 20 Mk. auch in Maass in 24 Stunden.

## Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.  
**Maassanfertigung.**

### H. & P. Uder, Berlin SO. 16.

Tabakfabrik.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in  
**Cigarren, Cigaretten,**  
Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.  
Amt 7. 1851

In ca. 8 Tagen erscheint im Verlage von **G. Birk & Co.,**  
München, Bismarckplatz 7:  

## Der Fall Krupp.

  
Sein Verlauf und seine Folgen.  
Eine Thatsachenansammlung von **J. Rosenberg,**  
Preis 50 Pf.  
Bestellungen auf diese sensationelle, auf Thatsachen beruhende Dar-  
stellung werden schon jetzt entgegengenommen. 4292\*

Nächste Woche!  
Weimar  
**Geld-Lotterie**  
Ziehung 3. und 4. Februar.  
Gew. 60 000 — 30 000 M. etc.  
empfiehlt die Glückskollekte  
**J. Rosenberg,**  
51 Kommandanten-Strasse 51.  
Porto u. Liste 30 Pf.

### Gänsefedern 60 Pf.

gr. Pfand (grössere zum Nehen).  
Schlafkissen, wie sie in d. Gans  
fallen, mit allen Daunen III, 1,50,  
höflicher Federkopf III, 2,00,  
bessere Gänsefedern III, 2,50,  
3,00, beste Schweizer III, 3,50,  
russische Daunen III, 3,50, weisse  
höhm. Daunen III, 5,00, ge-  
reiffene Feder III, 1,50, 2,00,  
2,50, Prima gereiffene III, 3,00,  
3,50, Versandt gegen Nachnahme.  
**Gustav Lustig, Berlin S.,**  
Ecke Bettfedernfabrik u. elect.  
Betriebe, Dörschauerstrasse 46a.

### Masken- und Theater-Garderobe.

Grosse Auswahl historischer Kostüme.  
Vereinen Preisermässigung.  
**E. Elzel-Beck, Neanderstr. 34**  
Amt VIIa 7700.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

# Jedes 5 Pfennig. Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben stehen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigen für Berlin bis 2 Uhr für die Vororte bis 1 Uhr in der Hauptexpedition Lindenstr. 69. bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Schankgeschäft** sofort billig zu verkaufen oder zu vermieten, Char-  
lottenburg, Grünstrasse 21. 1142\*

**Gardinenhaus** Große Frankfurter-  
strasse 9, parterre. 137\*

**Diesjährige elegante Herren-An-  
züge und Paletots** aus den modernsten  
Stoffen in guter Verarbeitung und  
Anschauen von 18 bis 45 Mark.  
Julius Lindenbaum, Große Frank-  
furterstrasse 141, Ecke Friedrichstrasse.

**Vorjährige elegante Herren-Anzüge**  
aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark.  
Verkauf Sonnabend und Sonntag  
Verkaufshaus Germania, Unter den  
Linden 21. 1422\*

**Winterpaletots, Anzüge, Hosen,**  
Hosen, fertig und nach Mass. Große  
Frankfurterstrasse 16, August Köhler.

**Krawattenstoffe,** große Auswahl,  
Ballner-Theaterstrasse 30. 1374b

**Weiche Herrenhüte,** gute Qualität,  
Etad 95 Pfennige. Bessere Sachen  
ebenfalls billig. Quilfabrik, Compote  
Kaiserstrasse 25A, früher Bornim-  
strasse 4 und 5. Sonntags geöffnet.\*

**Teppiche!** (Lehrerhüte) in allen  
Größen für die Hälfte des Wertes  
im Teppichlager Dr. Mann, Godes-  
berger Markt 4, Bahnhof Börsen. 119/5\*

**Teppiche, Winterpaletots, Betten,**  
Anzüge, Steppdecken, Gardinen,  
Bänke, Remontiruhren, Koffertische  
spottbillig Verkauft, Neanderstrasse 6.  
Zeilgehängen gefaltet.

**Piano, Legion, Standuhr,**  
Wahrschnecken, Spiegel, Stühle, Re-  
gulatorien spottbillig Verkauft, Neander-  
strasse 6. 57/16\*

**Kanarienvogel, kaffige Fisch-  
weibchen** verkauft Kramer, Rigaer-  
strasse 136. 146\*

**Kanarienvogel** verkauft Geißler,  
Königsplatz 87, vorn II. 497\*

**Piano, gut erhalten, sofort ver-  
käuflich** Mittelstrasse 120, I. 57/10\*

**Piano, 120,00, seltene Kauf-  
gelegenheit, Vormärts-Referat, Ball-  
niederlage 7, parterre. 1797\***

**Betten** umständlicher spottbillig,  
Dahm, Nollhofstrasse 13, II. 1793\*

**Teppiche** mit handgezeichneten Bildern  
niederlage Große Frankfurterstrasse 9,  
parterre. 137\*

**Dringmaschinen** auf Abzahlung,  
ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnow-  
strasse 26, nahe der Landsberger-  
strasse. 11678\*

**Nähmaschinen, Langschläger,**  
12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark,  
Bellmann, Gollnowstrasse 26, nahe der  
Landsbergerstrasse. 14668\*

**Nähmaschinen** kaufen Sie nur  
beim Fachmann am zweckmässigsten.  
Passende Weichheit von 25 Mark an.  
Tadellos: Kingshoff, Bobbin-Schnell-  
näher, bequemste Zeitabteilung mög-  
lich und monatlich, Reparaturen billig,  
achgemäß. Diele, Mechaniker, Näh-  
maschinen-Specialgeschäft, Brunnen-  
strasse 119. 14498\*

**Gashelzsparden!** Amelochgas-  
löcher! 3,00, Petroleumlöcher! Gas-  
hülzapparate! Gashelz! Billig!  
Koblenauer, Ballner-Theaterstrasse 32.

**Steppdecken** billig! Fabrik Große  
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137\*

**Zwei Mark** einortelndes Damen-  
hemden, Herrenhemden 3,00, Darsch-  
hemden, Normalmische, Ausstattungen  
sowie eleganteste Reissener spott-  
billig. Wägelchen Adolf Salomonski,  
Dietrichstrasse 21, Nähe Postge-  
bäude. 809a

**Wasserkranz,** neu, 12 Mark  
an, gebraucht billigst, Reihbohrer  
gratis. Wolf, Kaserstrasse 113. 18106\*

**Gut gebendes Schankgeschäft** anderer  
Unternehmungen halber preiswert  
veräußert. Dahm, Neue Hochstrasse 23,  
am Kochplatz. 175\*

### Verschiedenes.

**Patentbureau** Dammann, Dren-  
nenstrasse 57 (Kochplatz), bis abends  
11 Uhr. 1786b\*

**Kunstkopiererei** von Frau Kolobki,  
Steinwegstrasse 48, Quergebäude hoch-  
parterre.

**Wästen** verleiht billig Ferdinand  
Denke, Dammstrasse 1 (Ecke Steg-  
hölzerstrasse). 1559b\*

**„Neue Zeit“**, Jahrgang 1883-90  
und 97-1902, laut die Buchhandlung  
Vormärts, Berlin SW. 68, Linden-  
strasse 69, 3. Hof. 233/3

**Brotbackerlein** und alle anderen  
Häcker laßt, beliebt Antiquariat  
Kochstrasse 66, I. Amt VI, 3307.\*

**Widerrichtung!** Wer hat über diese  
unlöslige Gewissheit unserer Zeit  
unterrichtet mit, verlange die Flug-  
blätter des Weltbundes gegen Bil-  
deltion, welche unentgeltlich verleiht  
werden vom Berliner Arbeiterverein,  
Königsgrünerstrasse 108. Um gütigen  
Abdruck wird gebeten. 1615\*

**Lehrkräfte**, lesen 5 Pfennige, von  
57, Uhr geöffnet, Chausseestrasse 121.

**Reine, Saal** mit Bühne Sonn-  
tag zu vergeben Mittelstrasse 7.\*

**Bereinszimmer** Lena, alle Tafel-  
strasse 69. 14718\*

**Bereinszimmer**, Bier, alle Tafel-  
strasse 119. 14748\*

**Bereinszimmer** zu vergeben,  
Gottsdamer Glangender, Franke,  
Gornbofstrasse 8. 745\*

**Volieren** zahlr. Praterrei Praterstr.  
für Veräußerungen S. 8 Expedition  
dieses Blattes. 1807b\*

**Suche** Stand, vierstellige Schaufel,  
besseres Lokal, Marcel, Gräner  
Weg 65. 58/10

**Genossen!** Wästen verleiht Billig,  
Kleine Lindenstrasse 12. 17750\*

**Schulbücher, Schulbücher, Be-  
werbungen** billigt Drennenstrasse 135,  
Heidemann. 1804b

**Bereinszimmer** zu 60 Personen  
und kleinere noch einige Tage in der  
Boche zu vergeben. Omar Schulte,  
Weberstrasse 40a. 146\*

**Rechtsbureau** Burggraf, Wald-  
strasse zweilagig, Prozeßbeistand.

**Rechtsbureau**, Prozeßbeistand,  
Eingabengehe, Materietzung, Hall,  
Brunnenstrasse vierzig. 1800b\*

**Rechtsbureau** Jähde, Grüner  
Weg vierundzwanzig (Kochplatz),  
Rechtsbeistand, Eingabengehe,  
Materietzung. 1811b\*

**Saal und Bereinszimmer** Sonn-  
abends und Sonntag zu vergeben  
Schwedterstrasse 23. 14018\*

### Arbeitsmarkt.

#### Schlafstellen.

**16 Mark** inklusive möbliertes Zimmer  
zu vermieten Bernauerstrasse 2.  
Reyer. 1751b

**Wohlierte Schlafstelle** (2 Herren)  
Baasner, Blumstr. 92. 17796\*

**Schlafstelle** (gute) bei Witwe Neuen-  
dorf, Baumstrasse 61, vorn IV.\*

**Schlafstelle** für Herrn zu vermieten  
Nr. Rieck, Kottbuserstrasse 11, vorn  
1 Treppe rechts. 1815b

#### Stellengesuche.

**Blinder Stahlstecher** bittet um  
Arbeit. Stühle werden zu den billig-  
sten Preisen gekocht, werden ab-  
geholt und unentgeltlich zurückgeliefert.  
Adresse: Ruladstrasse 27, II. Gläfer.

#### Stellenangebote.

**Silberarbeiter** auf Porzellanstränge  
in oder außer dem Hause werden  
verlangt Mittelstrasse 6. 1694b

**Firmenschilder.** Guter Glasmaler,  
der auch zeichnen kann, wird gesucht.  
Lenau, Königin Augustastrasse 21.

**Metallgraveure**, geübte, sofort  
verlangt. Paul Hüner, Rulad-  
strasse 5. 1812b

**Goldflecken.** Lichtige Grundriber  
werden verlangt Köpenickerstrasse 109a.  
141/1\*

**Einpoder** verlangt Goldflecken-  
arbeit Köpenickerstrasse 5. 1802b

**Alte Kupfer** auf Buchstaben Branden-  
burgstrasse 30/31. 1816b

**Schürzenmädchen** verlangt  
Hilfer, Oberbergerstrasse 48. 179

**Knabenblusen,** gealterte Leinwand-  
hosen, Knabenjackets u. Arbeiterinnen  
bei höchsten Löhnen verlangt Frei-  
tag, Gornbofstrasse 54. 146\*

**Paletotarbeiterin,** 2-3 Mark,  
verlangt Brand, Brunnenstrasse 130.

**Wamslein** auf Jodels und Palet-  
ots ausserm Hause verlangen Hilfer  
u. Millat, Brunnenstrasse 62. 17745\*

**Sortiererin,** tüchtige, verlangt  
Schmidt, Neu-Weihensee, Pragerstr.  
Chaussee 12. 1776b

**Wamslein** auf Mantel verlangt  
Kallauerstrasse 55. 1695b

**Wamslein** auf Jodels dauernd  
verlangt Bollmann, Prinz Eugen-  
strasse 7. 1756b\*

#### Im Arbeitsmarkt durch Beförderen Druck herborgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

#### Achtung, Holzarbeiter!

Gepfert sind folgende Verhältnisse  
für Löhler, Einleger, Maschinen-  
arbeiter und Polierer:  
Für u. Einleger, Gläfer, Ufer,  
Schuber, Kottbuserstrasse 10.  
Für Drechsler:  
Höhe, Kottbuserstrasse 32.  
Die Ortsverwaltung.

#### Klavierarbeiter.

Wegen Lohnreduzierung haben  
sämtliche Umländer der Pianofabrik  
von Kuhn, N., Dattstrasse 18,  
die Arbeit niedergelegt. 141/1\*  
Zugung streng fernhalten.  
Fach- der Musikinstrumenten-Arbeiter  
Berlins und Umgegend.